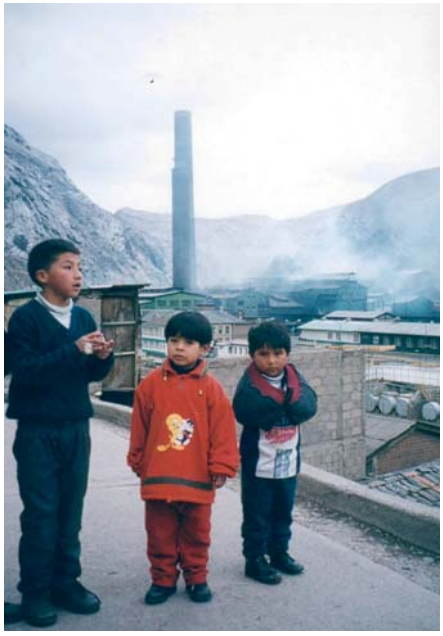
Bergwerk Peru

Reichtum geht – Armut bleibt

Unsere Verantwortung für Menschen und Natur im globalen Kontext



Die Kampagne »Bergwerk Peru - Reichtum geht, Armut bleibt« wird getragen von:
► Cajamarca-Partnerschaftsgruppen ► Caritas international ► Diözese Mainz
► FIAN Deutschland e.V. ► Gruppe UNSOLOMUNDO Heidelberg ► Informationsstelle Peru e.V.
► Kolping international ► MISEREOR ► Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick - Cajamarca

Einleitung

Drei Jahre nach der ersten Broschüre der Kampagne »***Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt***« hat die Kampagne erste Erfolge erzielt und mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit dazu beigetragen, dass sich die öffentliche Wahrnehmung der Bergbauproblematik Perus in Deutschland gesteigert hat. Auch in Peru wächst die Einsicht, dass soziale und Umweltaspekte zur Verantwortlichkeit von Regierung und Bergbauunternehmen gehören. Gleichzeitig haben die Bergbaukonflikte in vielen Teilen Perus an Schärfe zugenommen und forderten auch bereits Todesopfer. Die jetzige Regierung hat wie ihre Vorgängerin keine Vorschläge zur Lösung der sozialen und Umweltkonflikte im Kontext des Bergbaus entwickelt.

Vor diesem Hintergrund soll mit der vorliegenden Broschüre der Fokus auf die deutsche und europäische Verantwortung für den peruanischen Bergbau im Kontext einer globalisierten Welt gelegt werden. Mit den zentralen Artikeln zur Finanzierung des Rohstoffabbaus, zur Rolle Perus bei der Rohstoffversorgung, zu den „Dienstleistungen" der Weltbank zugunsten des Bergbaus und zur staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit sollen diese Fragen beleuchtet werden. Abgerundet wird die Broschüre (die die erste Broschüre ergänzen, nicht ersetzen soll) durch einige aktuelle Berichte aus den vom Bergbau betroffenen Gebieten, eine ausführliche Übersicht über die Möglichkeit, selber aktiv zu werden, sowie eine Medienliste.

Die Redaktion

Inhalt

Wer finanziert den Rohstoffabbau?	3
Peru - Ressourcengeber für die Welt	9
Zum Beispiel Kupferversorgung in Deutschland	13
Alles im Griff - Wie die Weltbank für Bergbauunternehmen in Peru das Risiko niedrig hält	14
Die Sozial- und Umweltproblematik des Bergbauunternehmens „Yanacocha" in Cajamarca	16
Refugium in einer verseuchten Welt - Kindergarten für die Opfer von La Oroya	18
Bergbau und Schulden – eine vielfältige Beziehung	20
Soziale und Umweltkonflikte in Peru	23
Außerordentlicher Bericht des Büros des peruanischen Ombudsmanns	26
Bergwerk Majaz bedroht Ökosysteme und Menschenrechte in Nord-Peru	27
Die staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den ländlichen Regionen Perus	28
Möglichkeiten zum eigenen Engagement / Kampagnenträger	31
Kirchliche Arbeit und Minenproblematik	38
Medienhinweise	40

Impressum

»Bergwerk Peru - Reichtum geht, Armut bleibt. Unsere Verantwortung für Menschen und Natur im globalen Kontext«, Freiburg/Brsg., August 2007

Herausgeber: »Bergwerk Peru - Reichtum geht, Armut bleibt«
Koordination: Elena Muguruza. **Email:** Muguruza.Esche@t-online.de
V.i.S.d.P: Informationsstelle Peru e.V.
Postfach 1014, 79010 Freiburg
Telefon 0761 – 707 0840, Telefax 0761 – 70 9866
http://www.infostelle-peru.de

Redaktionsteam: Elena Muguruza, Juan Josi, Michael Schrick, Dr. Hartmut Heidenreich

Recherchen: Claudia Villagra, Institut SÜDWIND
Fotos: Bergbau-Tagebau Yanacocha / Günther Keine
Landschaft in Huancabamba / Archiv Infostelle Peru
Peruanische Mädchen / Frank Esche
Kinder in La Oroya / Archiv Infostelle Peru

Foto: Michael Schrick

Nach der Schlussredaktion: das Redaktionsteam (ohne Hartmut Heidenreich) in der Kuppel des Reichstages

Layout: Martina Backes, Freiburg
Druck: schwarz auf weiss, Freiburg

Wer finanziert den Rohstoffabbau?

1. Direktinvestitionen aus dem Norden

Als ausländische Direktinvestitionen bezeichnet man die finanzielle Beteiligung eines Investors an einem Unternehmen in einem anderen Land. So kann beispielsweise eine Muttergesellschaft in Deutschland in ein peruanisches Unternehmen investieren oder in die eigene Tochtergesellschaft in Peru; dies kann ein Unternehmen oder ein Konzern, aber auch eine staatliche Stelle oder sogar eine Einzelperson sein. Ausländische Direktinvestitionen sind ein Mittel, die oft niedrige Sparquote in Entwicklungs- und Schwellenländern zu ergänzen, wodurch bestimmte Investitionen überhaupt erst ermöglicht werden, die ohne Finanzmittel aus dem Ausland nicht getätigt werden könnten.

Für den Investor haben die Investitionen den Vorteil, dass er mögliche Markteintrittsschranken umgehen kann und so die Wettbewerbsvorteile nutzen kann, die bereits aktive Unternehmen aufgrund dieser Marktbarrieren haben. Liegt die Beteiligung des Investors an dem Direktinvestitionsunternehmen bei mindestens 10% des Kapitals, geht man zudem davon aus, dass er einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens ausüben kann.

1.1 Rolle der Banken

Lange Zeit haben auch die Banken bei der Projektfinanzierung in Entwicklungs- und Schwellenländern eine bedeutende Rolle gespielt. Insbesondere in den 80er Jahren sollten auf diese Weise die bei den Banken aufgelaufenen „Petro-Dollars“ aus den ölfördernden Ländern zu der erhofften „nachholenden Entwicklung“ der Entwicklungsländer beitragen. Gerade Großprojekte im Bereich Infrastruktur oder Rohstoffabbau waren und sind dabei auf externe Kredite angewiesen. Die Hoffnung einer nachholenden Entwicklung hat sich jedoch aus verschiedenen Gründen nicht bewahrheitet, vielmehr hat diese Entwicklung erheblich zu der Schuldenkrise beigetragen.

Aber das Engagement der Banken geriet noch von anderer Seite in die Kritik. In den 90er Jahren waren es vor allem entwicklungs- und umweltpolitisch engagierte Organisationen, die die öffentlichen und privaten Geldgeber anprangerten, weil sie zu wenig auf die ökologischen und sozialen Folgen ihrer Kreditvergabe achteten. Dies gilt ganz besonders für so sensible Projekte wie Bergbau und Rohstoffabbau, die mit erheblichen Schädigungen der Umwelt, Abholzung, Luft- und Wasserverschmutzungen, sowie damit einhergehend der massiven Beeinträchtigung des Lebensraums der dort lebenden Bevölkerung bis hin zu gravierenden Gesundheitsschäden und Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Aus der Sicht der Banken gehen diese mit der Projektfinanzierung häufig Geschäftsrisiken ein, darunter fallen z.B. mangelnde Rechtssicherheit oder ein unsicheres politisches und wirtschaftliches Umfeld in den betreffenden Ländern. Das Risiko, in einen Skandal wegen Menschenrechtsverletzungen oder Umweltkatastrophen hineingezogen zu werden, bedeutet auch einen potentiellen Reputationsverlust. Viele Banken begeben sich daher heute sehr viel verhaltener auf dieses Terrain und engagieren sich immer weniger in der kreditgesteuerten Projektfinanzierung. Sie organisieren stattdessen die Emissionen von Anleihen von Entwicklungsländern, tätigen den Verkauf der Wertpapiere und kassieren dafür die Gebühren. Insgesamt gelten jedoch die Voraussetzungen im Minensektor in Lateinamerika insbesondere aufgrund der geologischen Bedingungen (hohe Vorkommen mit guter Qualität) und sich verbessernder politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen für diese Investitionen als gut. Insbesondere seit dem Anstieg der Weltmarktpreise der meisten Metalle sind die Aussichten für Investoren lukrativ. Daher sind auch heute noch viele Banken insbesondere an Großprojekten als Finanzdienstleister beteiligt. Dabei agieren sie in der Regel nicht mehr als alleinige Finanziere, sondern bilden ein Konsortium, um politische Risiken und die Risiken von Preisschwankungen zu minimieren.

Beispielsweise geriet die mit öffentlichem Auftrag agierende Westdeutsche Landesbank (WestLB) für ihr Engagement in einem Erdölprojekt im Nachbarland Ecuador 2001 unter massive Kritik. Die WestLB weitete mit Beginn des neuen Jahrtausends das Geschäftsfeld der Projektfinanzierung stark aus und rühmte sich seinerzeit als eine der größten Projektfinanzierer weltweit. Eine Studie von Urgewald und dem SÜDWIND-Institut untersuchte das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB und kam 2004 zu dem vernichtenden Urteil, „dass die WestLB in Entwicklungs- und Schwellenländern vornehmlich Projekte in Sektoren finanziert, die große ökologische und soziale Risiken mit sich bringen und deshalb besonders sorgfältige und umfassende Prüfungen erfordern.“[1] Die WestLB ist seinerzeit so stark unter Kritik geraten, dass sie sich genötigt sah, wieder etwas für ihren guten Ruf zu tun. Gemeinsam mit anderen international tätigen Banken[2] erarbeitete sie die sogenannten Equator Principles (Kasten S. 4).

Für eine Kreditbeteiligung der WestLB oder einer anderen deutschen Bank am Rohstoffabbau in Peru gab es indes aktuell keinen Hinweis. Die WestLB war zwar bis vor kurzem noch mit Anteilen in Höhe von 5,4% an dem ausschließlich in Peru tätigen Londoner Unternehmen Monterrico Metals beteiligt, das in 14 Projekten in Peru aktiv ist. In den neuesten Auszügen über die Shareholder des Londoner Unternehmens taucht die WestLB jedoch nicht mehr auf.

[1] *Broschüretipp: International und Katastrophal: das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB; herausgegeben von urgewald und Institut SÜDWIND, März 2004.*

[2] *Die Gründungsmitglieder der Equator-Principles: ABN Amro, Barclays, Citigroup, WestLB, Royal Bank of Scotland, Credit Lyonnais, Credit Suisse, First Boston, Westpac, Rabobank and HVB.*

Equator Principles

Die Equator Principles wurden in Anlehnung an die so genannten »safeguard policies« der Weltbank (IFC) 2003 erarbeitet und sollen im Projektfinanzierungsgeschäft für Bankinvestitionen über 50 Millionen Euro gelten. Sie bestehen aus 15 Kriterien und entsprechen im Wesentlichen den Öko- und Sozialstandards der Weltbank. Darunter fallen so sensible Themen wie die Umsiedlung von Menschen etwa beim Bau von Staudämmen und der Gebrauch gefährlicher Substanzen wie Zyankali bei der Goldgewinnung. Auch gehören zu den Kriterien „der Schutz der Gesundheit, des kulturellen Eigentums und von gefährdeten Spezies" sowie die „Auswirkung auf die einheimische Bevölkerung".
Ende 2005 haben 41 Banken die Equator-Principles unterschrieben und als für sie verbindlich anerkannt, darunter neben der WestLB auch die Dresdner Bank. NGO haben zwar die Equator Principles mit Vorbehalten als einen Schritt in die richtige Richtung interpretiert, betonen aber zu Recht das Problem der Rechenschaftspflicht und Umsetzung und somit der Glaubwürdigkeit. So haben NGO-Recherchen ergeben, dass sich nicht alle Equator-Banken immer an die eigenen Richtlinien gehalten haben. Als ein Beispiel hierfür gilt die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline, die vom Kapischen Meer das Öl zum Mittelmeer führt. Die Pipeline ist 2004 von mehreren Equator Banken und der International Finance Corporation (IFC) selbst finanziert worden, obgleich es ein unabhängiges NGO-Gutachten gab, das 30 Vertragsbrüche mit den Equator Principals feststellte.

1.2 Die Rolle privater Unternehmen aus Europa

Deutsche Unternehmen sind derzeit nicht aktiv im Minensektor Perus beteiligt. Und gemessen an den Kapitalbeständen in Direktinvestitionsunternehmen ist die deutsche Beteiligung verschwindend gering. Der Kapitalbestand umfasst das an einem Direktinvestitionsunternehmen gehaltene Beteiligungskapital sowie Kreditbeziehungen zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen. Von den insgesamt 2.116 Millionen US-$ an Direktinvestitionen, die zum Dezember 2005 nach den Daten von Proinversion im Minensektor getätigt wurden, kamen lediglich rund 2,5 Millionen US-$ aus Deutschland (das sind 0,12%). Den höchsten Kapitalbestand in Direktinvestitionsunternehmen im Minensektor hat Großbritannien mit 827 Millionen US-$ (39,0%), gefolgt von den USA mit 765 Millionen US-$ (36%). Aus Europa kommen des Weiteren – wenngleich weit abgeschlagen – Direktinvestitionen aus Frankreich, Italien und der Schweiz. Insgesamt belief sich zum Dezember 2004 der Kapitalbestand europäischer Investoren in Direktinvestitionsunternehmen im Minensektor auf 869 Millionen US-$, das sind rund 48% der Gesamtinvestitionen. 95% der europäischen Investitionen kommen aus Großbritannien (Tabelle 1).

Tabelle 1: Direktinvestitionen aus Europa im Bergbau bis Dezember 2005 - Millionen US-Dollar

Land	Bergbau	Prozent
Deutschland	2,49	0,29
Finnland	0,01	0,00
Frankreich	12,90	1,49
Italien	11,71	1,35
Niederlande	2,34	0,27
Schweiz	12,18	1,40
Spanien	0,43	0,05
UK	826,68	95,16
Gesamt Europa	868,74	100
Memo: gesamt Welt	2.115,78	

Quelle: Proinversion

Der hohe Anteil Großbritanniens an den Direktinvestitionen zeigt sich auch in der Auflistung der wichtigsten Investoren und ihrer Projektpartner im Minensektor Perus: Die Hälfte der 20 wichtigsten Investoren kommt aus Großbritannien.

Investitionen von 2006-2010

Das Bild vervollständigt sich, wenn man die Liste der geplanten Investitionsprojekte im Minensektor für die Zeit von 2006-2010 (Tabelle 2) hinzufügt. Das schweizerisch-britische Unternehmen Xstrata und die britischen Unternehmen Monterrico Metals und Rio Tinto sind die Investoren in den Projekten Las Bambas, Rio Blanco und la Granja, die sich allesamt noch in der Erkundungsphase befinden. Die Investitionen dieser drei Unternehmen machen gut ein Drittel (36%) aller für diesen Zeitraum geplanten Investitionen aus. Die Europäischen Unternehmen befinden sich ausnahmslos in der Phase der Lagerstättenerkundung, was bedeutet, dass es nach Einschätzung des Ministeriums für Energie und Bergbau noch bis zu fünf Jahre dauern kann, bis die tatsächliche Förderung beginnt und dann auch Ertragssteuern abgeführt werden.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die europäischen Unternehmen, die derzeit in Peru im Minensektor tätig sind. Die Liste gibt auch an, in welcher Produktionsphase sich die einzelnen Minenprojekte befinden und welches die Hauptabbauprodukte sind.

Foto: Tagebau in Yanacocha / Günther Keine

Tabelle 2: Investitionsprojekte 2006 - 2010

Projekt / Abschnitt	Unternehmen	Investitions-volumen (in Mio. US-$)
Im Bau		
Cerro Verde - Ausweitung	Phelps Dodge (USA)	850
Fundición de Ilo	Southern Peru (USA)	400
Cerro Corona	Goldfields (Südafrika)	350
Fortgeschritten		
Toromocho	Peru Copper (USA)	1.500
Erkundung		
Las Bambas	Xstrata (Schweiz/ UK)	1.000
Rio Blanco	Monterrico Metals (UK)	800
La Granja	Rio Tinto (UK)	700
Bayovar	Cia Vale do Rio Doce (Brasilien)	300
Ausschreibung		
Michiquillay		1.000

Quellen: Proinversión, MEM, Unternehmen

Foto oben: Archiv Informationsstelle Peru
Foto unten: Günther Keine

Tabelle 3: Verzeichnis der Betreiberunternehmen 2006

Stammhaus / Konzern	Land	Projekte / Prospekt	Abschnitt	Förderung von
BHP Billiton	Australien-GB	Antapaccay, Coroccohuayco, Bambas Este	Erkundung	Cu, Mo
Noranda,BHP-Billiton,Teck-Cominco, Mitsubishi	Kanada, GB	Antamina	Erkundung	Cu, Zn
JV con Buenaventura	Spanien	Santa Marina (Cantabrica de Asturias -España)	Erkundung	Au
BHL A Global Company	Frankreich	UEA Contonga, MinaTuco	Erkundung	Au
Minmet Inc.,	Irland	El Aguila	Erkundung	Ag, Pb, Zn
Grupo Colorrobia	Italien	Ubinas	Erkundung	Borax
Trafigura Beheer / CORMIN S.A.	Schweiz	Condestable	Ausweitung	Cu
Grupo Glencore	Schweiz	Iscaycruz, Casapalca	Erkundung	Zn, Pb, Ag
Xstrata Copper	Schweiz	Las Bambas	Erkundung	Cu, Fe
Anglo American plc	GB	Quellaveco	Machbarkeitsst.	Cu, Mo
Cambridge Mineral Resources	GB	Patacancha	Erkundung	Au
Gallant Minerals Ltd.	GB	Humajala, Lloque, Ccello	Erkundung	Au
Monterrico Metals plc	GB	Rio Blanco, Cirrosis	Erkundung	Au
Monterrico Metals plc	GB	Mamanina	Erkundung	Au
Monterrico Metals plc	GB	Rio Blanco	Erkundung	Au
RTZ	GB	Pucakaka. El Yaral, Katanga, Posco, Huachos	Erkundung	Cu

Quelle: SÜDWIND, basierend auf Angaben des MEMs

2. Welche Rolle spielt die Entwicklungszusammenarbeit?

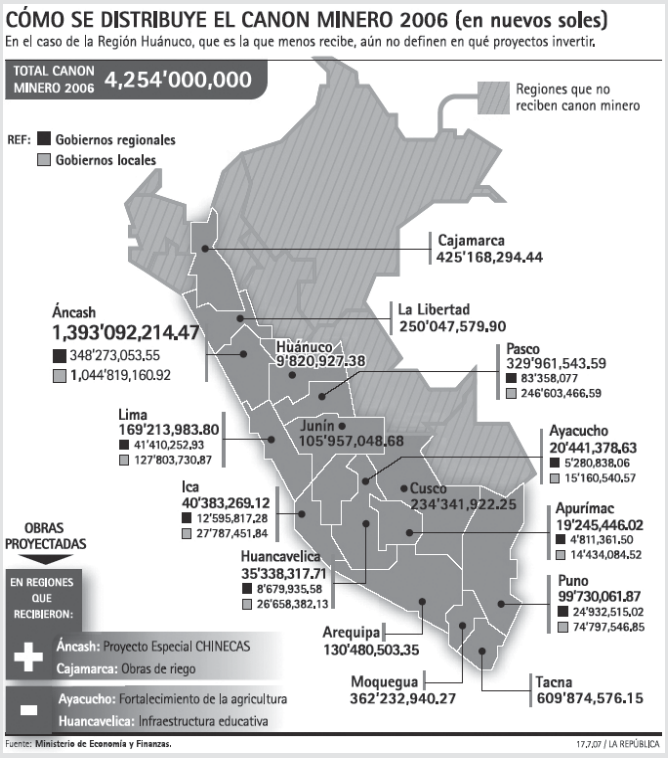
Die Grundlinien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) festgelegt werden, richten sich grundsätzlich nach dem Modell der Nachhaltigen Entwicklung, das im wirtschaftspolitischen Bereich eine soziale und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft fördert, sowie die Einhaltung der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz in den Mittelpunkt stellt.

Doch im BMZ ist man sich darüber im klaren, dass der Einfluss der Staaten auf die Wirtschaft abnimmt. Die zunehmende Globalisierung und Handelsliberalisierung stärkt den Einfluss der Privatwirtschaft nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern insbesondere auch auf die Lebensbedingungen der Menschen. So sind die Investitionen internationaler Unternehmen heute auch weit größer als die Mittel aus der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit der Industrienländer. Ein weiteres Indiz dafür, dass die Gestaltung der Marktwirtschaft immer mehr von der Wirtschaft und immer weniger von der Politik gelenkt wird.

Aus dem großen Einfluss der Privatwirtschaft leitet sich theoretisch die große Verantwortung der Unternehmen ab, die sie gegenüber der Bevölkerung und deren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen hat. Wie zahlreiche Projektbeispiele jedoch zeigen, wird diese Verantwortung oft nicht ernst bzw. gar nicht wahrgenommen. Dennoch – oder gerade deswegen? – arbeitet die deutsche und internationale Entwicklungspolitik auf verschiedenen Ebenen im Rahmen der Public Private Partnership (PPP) mit der Privatwirtschaft zusammen.

Peru ist traditionell Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika. Auch für Peru ist Deutschland ein wichtiger Partner. Mit bislang insgesamt 1,7 Mrd. Euro ist Deutschland derzeit nach den USA und Japan der drittgrößte bilaterale Geber des Landes. In Absprache mit der peruanischen Regierung wurden als Schwerpunktbereiche erstens die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Stärkung der öffentlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft, zweitens die Verbesserung der

Regionale Verteilung der Mittel des Canon Minero im Jahr 2006



Aus: La República, 17.06.2007

Interview mit Luis B. Guerrero F.

Frage: *Was ist eigentlich der „Canon Minero"?*
Antwort: Nach peruanischem Gesetz ist der Canon Minero ein Anteil von 50% der Einkommenssteuern der gewerblichen Unternehmen, die die Bergwerkskonzerne an den peruanischen Staat zahlen. Diese Steuern werden über die Steuerbehörde (SUNAT), das Wirtschaftsministerium und über den Nationalen Rat für Dezentralisierung an die Regionen, Provinzen oder Distrikte sowie Universitäten weitergereicht, wo der Bergbau stattfindet. Die Bergbauunternehmen zahlen lediglich 3,8% Steuern, wir „normalen Peruanerinnen und Peruaner" zahlen dagegen 12% Steuern.

Wer entscheidet über die Verwendung dieser Steuern?
Die Entscheidung liegt bei den regionalen und lokalen Regierungen. Gerade die Provinz- und Distriktbürgermeister müssten jetzt wirklich viel Geld zur Verfügung haben.

Wofür dienen die Einnahmen aus dem Canon Minero?
Das Geld soll zu 100% der regionalen und lokalen Entwicklung zugute kommen. Das können Infrastrukturprojekte in den Bereichen Wasser, Abwasser, Elektrifizierung, Gesundheit, Bildung etc. sein. Die Universitäten können solche Gelder nur für Forschungsarbeiten einsetzen. Nichtregierungsorganisationen und soziale Organisationen können sich auf Vorhaben, die z.B. die Lokalregierung ausschreibt, bewerben oder selbst Gelder für Infrastrukturprojekte beantragen. Das geht aber nur bei Projekten im Bereich der Entwicklung/Infrastruktur.

Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, und drittens die Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung einschließlich Schutz der natürlichen Ressourcen festgelegt. Dieser letzte Bereich ist am stärksten von Aktivitäten im Minensektor betroffen. Die drei Komponenten dieses Schwerpunktbereiches – Katastrophenrisikomanagement, Verbesserung der Marktposition der ländlichen Bevölkerung und Ressourcenschutz – beziehen sich indes nicht direkt auf den Bergbau. Sie können jedoch von den Aktivitäten im Bergbausektor negativ betroffen werden.

2.1 Die technische Zusammenarbeit: GTZ und DED

Die Vertreter der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Peru. ebenso wie das Länderkonzept Peru des BMZ, sehen den Minensektor als wichtigen Bereich der peruanischen Wirtschaft an. Mit rund 57% der Exporterlöse ist er der wichtigste Devisenbringer Perus. Entsprechend werden das Entwicklungspotential und die positiven Effekte auf die Konjunkturentwicklung hervorgehoben, gleichzeitig aber auch die begrenzten Einkommens- und Beschäftigungseffekte anerkannt, die ein hoch technologisierter Sektor mit sich bringt. Zudem wird unter einer sozialpolitischen Sichtweise in dem Spannungsfeld Zivilgesellschaft, Regierung und Privatwirtschaft auch kritisch gesehen, dass dieser Sektor sehr stark von Konflikten, Unzufriedenheit und Misstrauen geprägt ist. Die ökologischen Auswirkungen und die Umweltverschmutzungen, ebenso wie die vielen unerfüllten Erwartungen führen dazu, dass sich insbesondere die betroffene Bevölkerung zu Recht stark benachteiligt fühlt. Eine direkte Förderung und Beteiligung der deutschen EZ am Minensektor wäre mit den definierten Schwerpunktbereichen nicht vereinbar bzw. sogar kontraproduktiv. Im Rahmen ihrer Arbeit sieht sich die GTZ in einigen Interventionsfeldern im Bereich nachhaltige ländliche Entwicklung mit den genannten Problemen aus dem Minensektor konfrontiert. Raum für Beratungen durch die Technische Zusammenarbeit sieht die GTZ zum Beispiel im Feld der Raumordnungsplanung und im Bereich des Wassermanagements. Im Rahmen ihres Programms zur guten Regierungsführung und Staatsmodernisierung gäbe

Um welche Summen handelt es sich nun beim Canon Minero?
Das fing 2001 mit ca. 80 Millionen Soles an, betrug 2004 schon über 450 Millionen Soles und 2006 sind wir bei über 1,1 Milliarden Soles angekommen. Diese Steuern sind in den letzten 5 Jahren um weit über 500% gestiegen. [Anmerkung der Redaktion: im Jahre 2006 waren es bereits 4,25 Millionen Soles, siehe nebenstehende Grafik.]

Woran liegt das?
Das liegt an den überhaus hohen Rohstoffpreisen. Die Bergwerksunternehmen geben davon nichts an uns Peruaner ab. In meiner Zeit als Abgeordneter habe ich ein Gesetz eingebracht, das zusätzlich 3% als Sondersteuer (wegen der hohen Gewinne der Konzerne) bringen soll. Aber der Konzern Yanacocha braucht das nicht zu zahlen, weil unter der Regierungszeit von Fujimori ein Vertrag über die Steuerstabilität bis zum Jahre 2020 unterzeichnet wurde. Damit sind die niedrigen Steuern von 3,8 % festgeschrieben.

Nochmals zurück zur Verteilung der Mittel. Wie ist die?
40% bekommt das Departement, 25% die Provinz, 20% die Regionalregierung, 10% der Distrikt (Landkreis) und 5% die Universität(en), wo die Bergwerksunternehmen aktiv sind. Wichtig ist noch zu sehen, dass es lange dauern kann, bis die Gelder tatsächlich kommen. Viele Unternehmen haben nämlich Verträge, dass sie Ertragssteuern erst dann zahlen müssen, wenn sich ihre Investitionskosten amortisiert haben. Das kann zwischen 10 und 15 Jahre dauern und auch dann kommt der Canon Minero oft erst ein Jahr später bei den Lokalregierungen an.

Das führt zur nächsten Frage: Wenn das Geld unten angekommen ist, wird es dann sinnvoll verwendet?
Die Idee ist schon, dass die Region, wo die Reichtümer herkommen, etwas davon zurück bekommen soll. Aber: Die Regional- und Lokalregierungen setzen das Geld für alles Mögliche ein, aber nicht wirklich für eine nachhaltige Entwicklung. Wie überall: Es gibt Korruption, das Geld geht nicht wirklich in Vorhaben, die eine regionale oder lokale Entwicklung langfristig absichern helfen.
Auch die Bergbauunternehmen mischen kräftig mit, dass das Geld in solche Vorhaben geht, die praktisch ihnen wieder zugute kommen. Vor den Wahlen hat die jetzige APRA-Regierung gesagt, dass die Menschen Perus durch „Nutzungsentschädigungsbeiträge“ (regalías) auf die Entnahme der Rohstoffe (Gold, Kupfer etc.) beteiligt werden sollen. Jetzt ist nur noch von einer „freiwilligen Abgabe“ die Rede. Dieser „Obolo“ wird natürlich nicht bezahlt oder es werden davon Vorhaben finanziert, die das Unternehmen selbst braucht wie z.B. Trinkwasserleitungen. Andere Bürgermeister lassen von dem Canon Minero ein neues Rathaus bauen. Es ist sehr schlecht, dass die Unternehmen so wenig bezahlen und dass dann das Geld nicht einmal richtig eingesetzt wird.

Vielen Dank für das Gespräch und viele Grüße nach Peru! (Heinz Schulze / Infostelle Peru, Mai 2007)

Luis B. Guerrero F. ist ehemaliger Bürgermeister von Cajamarca und Ex-Abgeordneter im peruanischen Parlament

es für die GTZ außerdem Fördermöglichkeiten für die Lokal- und Regionalregierungen bei der Umsetzung der Mittel aus dem Canon Minero.

In diesem Zusammenhang ist auch das sektorübergreifende Konzept „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ zu nennen. Hier ist festgelegt, dass die deutschen Vertretungen der EZ nicht direkt in Konflikte eingreifen und das Thema Konfliktprävention als Querschnittsthema in ihren Programmen verankern sollen. Auch wenn dieses Konzept vor allem mit Blick auf gewaltsame Konflikte und Länder in Post-Konflikt-Situationen formuliert worden ist, gilt auch für Länder mit akutem oder erhöhtem Krisenpotential die Überprüfung der bestehenden Länderprogramme. Ob dies dann allerdings auch die Unterstützung menschenrechtlich orientierter oder Umweltgruppen im Bergbausektor ausschließt, ist sicherlich Interpretationssache. Die Stärkung demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft, ebenso wie die Wasserversorgung – alles Schwerpunktbereiche der deutschen EZ – könnten von solchen Projekten sicherlich profitieren. Seitens der GTZ gibt es außerdem Fördermöglichkeiten für interessierte Gruppen, um sich in Verhandlungsfragen weiterzubilden. Konkret wird hier mit peruanischen Institutionen oder Organisationen zusammen gearbeitet, die bereits Erfahrung auf diesem Gebiet haben, wie der Sociedad Peruana de Derecho Ambiental (SPDA) oder der Katholischen Universität.

Etwas großzügiger interpretiert der DED, der stärker als die GTZ mit Basisorganisationen und NRO zusammen arbeitet, seine Möglichkeiten, sich in dem Konfliktfeld Bergbau zu engagieren. Über sein Programm „Ziviler Friedensdienst“ (ZFD) arbeiten einige seiner Partner zum Thema Umweltschutz im Minensektor. So gibt es beispielsweise eine Kooperation mit der Defensoría del Pueblo (Behörde des nationalen Ombudsmanns, s. Seite 26), die die institutionelle Stärkung dieser Organisation gerade in Umweltfragen und auch in Zusammenhang mit dem Minensektor zum Ziel hat. So möchte man die Minenwirtschaft verbessern und Konflikten in diesem Bereich entgegenwirken. Über diese Kooperation nimmt der DED auch an Foren zum Thema teil, wie zum Beispiel am Dialogforum über Minenbau und Nachhaltige Entwicklung (Mesa de Diálogo sobre Minería y Desarrollo Sostenible).

Der DED hat vor kurzem mit der Defensoría del Pueblo ein Projekt begonnen, in dem diese Organisation im Konfliktmanagement weiter geschult werden soll. In diesem Zusammenhang werden gerade die Konflikte im Minensektor eine wichtige Rolle spielen. Außerdem fand im Oktober 2006 ein gemeinsamer Schulungsworkshop von DED, InWEnt und Misereor zu Konfliktprävention und Konfliktmanagement im Minensektor statt. Auch hier sind die Defensoría del Pueblo sowie einige Institutionen im Umfeld der katholischen Kirche beteiligt. Zum Thema Konfliktprävention siehe den Artikel in diesem Heft.

Im direkten Dialog mit dem BMZ und anderen Organisationen der deutschen EZ wird untersucht, welche Beratungsmöglichkeiten die deutsche technische Zusammenarbeit bereitstellen kann, damit auch der Bergbau besser mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung in Einklang gebracht werden kann. Die ersten Ausgangspunkte für die Beratungen sind dabei bereits festgelegt worden: Die Einbeziehung aller relevanten Gruppen, staatlicher, wie zivilgesellschaftlicher Akteure und der Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle. (Auch das Thema Raumordnungsplanung könnte in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, s.a. oben.)

2.2 Staatliche Projekt- und Exportförderung

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist eine Bankengruppe, die weltweit tätig ist. Die KfW Entwicklungsbank ist unter anderem zuständig für die Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesregierung. Darüber hinaus unternimmt die KfW im Rahmen ihrer Internationalen Projekt- und Exportförderung (das übernimmt die KfW IPEX-Bank) Unternehmensfinanzierungen, Kredite für Infrastrukturprojekte, Exportkredite, Projekt- und Strukturierte Finanzierungen sowie auch kurzfristige Handelsfinanzierungen. Derzeit ist die KfW IPEX-Bank mit der Vergabe von Krediten in zwei Projekte im Minensektor Perus involviert: Das erste Projekt betrifft die Mine Antamina, das zweite die Mine in Cerro Verde. Richtlinien für jegliche Finanzierungen in allen KfW-Geschäftsfeldern und Tochtergesellschaften sind in der Grundposition „Verantwortung in der Gesellschaft - die Umwelt- und Sozialleitsätze der KfW Bankengruppe“ festgehalten. Diese Leitsätze erweitern die ehemaligen Umweltschutzleitsätze um soziale Belange im Innen- und Außenverhältnis.

Irene Knoke, Institut SÜDWIND

Antamina

(IK) **Im Rahmen der Privatisierung des Minensektors in Peru wurden die Konzessionen für die Förderung in Antamina 1996 von der peruanischen Regierung zu einem Zeitpunkt gewährt, als die Kupferpreise sehr niedrig waren. Die Kupfervorkommen wurden im Jahr 2000 auf rund 500 Mio. Tonnen geschätzt. In dem Bankkonsortium, das als lead arranger für einen 680 Mio. US-$-Teilkredit fungierte, war auch die Deutsche Bank, mit einer Beteiligung der deutschen Kreditversicherung Hermes. Das Gesamtvolumen der Investition von damals 1,3 Mrd. US-$ machte das Projekt zu dem seinerzeit größten Minenprojekt aller Zeiten. Später beteiligte sich auch die KfW mit einer Teilfinanzierung.**
Antamina wird von dem kanadischen Unternehmen Falconbridge and Teck Cominco, der multinationalen BHP Billition und dem japanischen Unternehmen Mitsubishi kontrolliert. Die IPEX-Bank ist in der Nachfolge der KfW nach Auskunft des BMZ mit einer Teilfinanzierung beteiligt. Für die Finanzierung sind neben den Umwelt- und Sozialleitsätzen der KfW die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank maßgeblich. Für Antamina wurde ein Umweltschutzprogramm eingerichtet, das sich nach den Umweltstandards der Weltbank und der US Eximbank richtet. Dafür wurde Antamina mit der Erfüllung der internationalen Umweltmanagementnorm ISO 14001 zertifiziert, die auch für den 4.000 Meter tiefer liegenden Hafen Punta Lobitos gilt, von dem aus die Mineralien der Mine auf die internationalen Märkte verschifft wird.

Peru - Ressourcengeber für die Welt

Mineralische Bodenschätze sind das (export)wirtschaftliche Rückgrat Perus. Zahlreiche Länder der Erde konsumieren den Ressourcenreichtum des andinen Landes, darunter auch die Bundesrepublik und die Länder der Europäischen Union (EU 25). Die Nachfrage nach Rohstoffen erhält mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in China und Indien neuen Schwung. Wie lange diese Nachfrage anhalten wird, ist umstritten. Kurzfristig wird der Flächenanspruch des Bergbaus jedoch weiter zunehmen. Unter Druck geraten in starkem Maße auch produktive landwirtschaftliche Strukturen, selbst wenn sie für Exportmärkte produzieren und Devisen erwirtschaften. Angesichts hoher Rohstoffpreise an den Weltmärkten erscheint der peruanischen Regierung jede alternative Wirtschaftsstruktur im Vergleich zum Bergbau als minderwertig.

Gesamt- und Bergbauexporte Perus in 2006[1]

Heutzutage belegt Peru in Lateinamerika bei den geförderten metallischen Ressourcen (mit der Ausnahme von Eisenerz) mehrheitlich den ersten Rang. Der Exportwert von Kupfer, Gold, Molybdän, Zink, Blei, Silber, Zinn und Eisen stieg von 3,2 Milliarden US-$ im Jahr 2000 auf knapp 15 Milliarden US-$ in 2006. 1993 waren es noch 1,4 Milliarden US-$. Der Gesamtexportwert des Landes stieg von 6,8 Mrd. US-$ in 2000 auf 23,4 Mrd. US-$ in 2006.

Ein erstes Kriterium zur Beschreibung der Struktur der Exporte ist die Betrachtung des Verhältnisses zwischen traditionellen (Bergbau, Fischerei, Erdöl, Agrarprodukte) und nicht-traditionellen (z.B. metallurgische Produkte, metall-mechanische, Textil) Exportprodukten. Auffällig ist, dass von 2000 bis 2006 der Anteil traditioneller Exportgüter am Gesamtexport von 70 auf 77% angestiegen ist, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Bergbauexporte am Gesamtexport von 46 auf 61 Prozent wuchs. Hingegen stagnieren im Zeitraum von 2000 bis 2006 sowohl die Anteile von Produkten aus dem metallisch-mechanischen als auch metallurgischen Subsektor auf niedrigem Niveau: sie machen lediglich ein bzw. drei Prozent der Gesamtexporte aus. Dies sind Kennzeichen ausbleibender Entwicklung in Richtung Exportmärkte in diesen ökonomischen Subsektoren. Die Strukturschwäche Perus für die Weiterverarbeitung von Rohstoffen wird dadurch deutlich.

Der Zugewinn bei den Exporterlösen im Bergbausektor profitierte stark von seit 2003 steigenden internationalen Rohstoffpreisen. Selbst eine quasi stagnierende Produktion wie im Jahr 2006 „erzeugte“ so noch immer ein Plus bei den Erlösen. Zwischen Ende 2005 und Ende 2006 lagen die Preissteigerungen von 31% für Gold, 65% für Kupfer bis hin zu 172% für Zink vor[2,3].

Länderanteile an den peruanischen Gesamtexporten

Hauptabnehmer peruanischer Exportprodukte in 2006 (2005) waren die USA mit einem Anteil von 23% (30%), gefolgt von China mit 9,6% (11%) und der Schweiz mit 7,1% (4,6%). In die Bundesrepublik floss in 2006 ein Anteil von 3,5% (811 Mio. US-$). Die Bundesrepublik war damit nach der Schweiz das zweitwichtigste europäische Exportland. Der Wert der Exporte nach Deutschland stieg über die Jahre kontinuierlich an – in 2000 waren es noch 215 Millionen US-$. Die Europäische Union mit ihren (bis Ende 2006) 25 Mitgliedsstaaten kommt auf einen Anteil von 17% an den peruanischen Gesamtexporten für 2006.

Länderanteile am Export mineralischer Ressourcen

Mit Blick auf die mineralischen Ressourcen verändert sich das Bild leicht. Führend sind auch hier die USA, wobei der Anteil am Gesamtexport des Bergbausektors mit 18% geringer ausfällt. Auf Rang zwei folgt die Schweiz mit 11,5% vor China mit 10,6%. Der Anteil der Bundesrepublik beläuft sich auf 2,5%: es wurden in 2006 Kupferprodukte in Höhe von 370 Mio. US-$ sowie Zinkkonzentrat in Höhe von 6 Mio. US-$ nach Deutschland exportiert. Kupferprodukte machen damit

Cerro Verde

(IK) **Die Mine Cerro Verde liegt nur 30 km südwestlich von Arequipa. Hier wird bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts gefördert. 1994 wurde die Mine im Zuge der Privatisierung von Cyprus Amax übernommen, die wiederum 1999 von Phelps Dodge Corp., dem weltweit zweitgrößten Kupferproduzenten, aufgekauft wurde. Heute hält die Phelps Dodge 53,6%, daneben halten zwei japanische Unternehmen weitere 21% der Anteile. Um einen Großteil des Investitionsbetrages für eine Ausweitung der Aktivitäten in der Mine bereitstellen zu können, hat Phelps Dodge Anteile an der Mine verkauft, die teilweise auch an peruanische Unternehmen gingen. So sind heute auch die lokale Compañía de Minas Buenaventura S.A. mit 18,2% und andere lokale Shareholder mit den restlichen 7,2% beteiligt.**
Damit konnte Phelps Dodge 443 Mio. US-$ der insgesamt knapp 900 Mio. US-$ für die Ausweitung der Aktivitäten bereit stellen. Der Rest wurde über die Finanzierung verschiedener internationaler Banken ausgeweitet, darunter neben der KfW auch zwei japanische, eine US-amerikanische, eine kanadische und eine britische Bank. Die KfW/IPEX ist mit 25 Mio. US-$ mit dem kleinsten Beitrag beteiligt. Durch die Investitionen soll sich die Produktion von derzeit 100.000 Tonnen pro Jahr verdreifachen. Die Kreditkonditionen sind so flexibel gestrickt, dass aber auch die Möglichkeit besteht, verstärkt in die Kobaltproduktion zu investieren, falls dies aufgrund der Weltmarktpreise ökonomisch mehr Sinn machen sollte.

Fotos: Frank Esche

ca. 45% der peruanischen Exporte nach Deutschland aus. Die Ressourcenexporte in die 25 Länder der Europäischen Union belaufen sich in der Summe auf einen Anteil von 17%.

Dem Exportwert in die Schweiz liegt die Tatsache zugrunde, dass die Exporte Perus in die Schweiz in 2006 zu über 98% aus produziertem Golderz bestanden. Die Schweiz ist eine Drehscheibe für den internationalen Goldhandel. Sie verfügt zudem über Kapazitäten für die weitergehende Goldverarbeitung.

Die Goldflüsse aus Peru veränderten sich mit der Schließung einer Goldraffinerie in Großbritannien in 2005. Die Schweiz, Kanada (60% der Exporte nach Kanada sind Gold) und die USA erhöhten danach ihre Goldimporte. Exporte nach China bestehen zu 40% aus Kupferprodukten. Gut zu beobachten ist die Fokussierung der Exporte nach China auf Industrie- und Basismetalle (Kupfer, Eisen, Blei, Molybdän), die in der Wertsumme 70% der Exporte ausmachen. Sichtbar wird, dass für zahlreiche wesentliche Exportländer Perus die metallisch-mineralischen Rohstoffe die Mehrheit des Gesamtexports abbilden (für 2006): Schweiz (99%), Kanada (85%), China (70%), Chile (55%), USA (50%). Wesentliche europäische Handelspartner neben der Bundesrepublik importieren mit Vorliebe Kupfer und Zink aus Peru: Italien 70% Kupferprodukte, Spanien 45% Zink, Niederlande 45% Kupfer, Belgien 40% Zink.

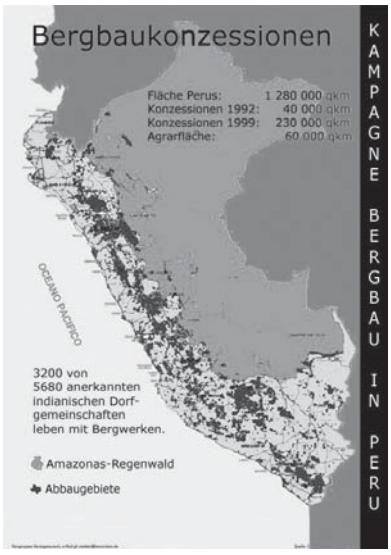
Die peruanische Exportstatistik gestattet noch weitere Einblicke, indem sich die Exporte in die Zielländer auf einzelne Bergbauprojekte aufschlüsseln lassen. Die USA decken ihren Goldimport aus Peru demnach nahezu vollständig über das in Cajamarca im Norden Perus ansässige Unternehmen „Minera Yanacocha“ ab, den größten Goldminenbetreiber Lateinamerikas. China erzielt seinen Kupferimport aus Peru bislang nahezu ausschließlich über das in Zentralperu gelegene „Antamina-Projekt“, das bis dato mit zwei Milliarden US-$ die größte Investition im peruanischen Bergbausektor war und im wesentlichen für die um 2001 ansteigende peruanische Kupferförderung ver-antwortlich ist. Die Schweiz bezieht ihre Importe aus Peru schwerpunktmäßig von „Minera Barrick Misquichilca“.

Wendet man den Blick auf die Bundesrepublik, so lassen sich die Kupferimporte aus Peru für das Jahr 2006 auf die folgenden Bergbauprojekte herunterbrechen: Minera Antamina, die Southern Peru Copper Corporation, Xstrata Tintaya sowie Doe Run Peru. Darunter befindet sich mit dem polymetallischen Hüttenwerk Doe Run Peru ein Unternehmen, das bei der Erzverhüttung – hier auch Metallreste und -abfälle aus dem Ausland nutzend - in erheblichem Maße Umwelt- und Sozialstandards verletzt und jahrelang vereinbarten Investitionen in Umweltschutztechnologie nicht nachgekommen ist (siehe Seite 18/19).

Das Großprojekt Antamina wurde mit einem dreistelligen Millionenkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) teilfinanziert. Die Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft (DEG) – mittlerweile zur KfW-Bankengruppe gehörig – gab bereits in den Jahren 1993 und 1994 mit mehreren Millionen DM Darlehen für Minera Yanacocha in Cajamarca, die ergänzt wurden durch Darlehen der International Finance Corporation (IFC), Geberinstitution für die Privatwirtschaft als Teil der Weltbankgruppe. Kupferkonzentrate des Antaminaprojektes gehen nach Deutschland zur Norddeutschen Affinerie bei Hamburg, der größten Kupferhütte hierzulande und gleichzeitig eine der größten in Europa. Während Antamina über die Jahre eine „feste“ Quelle für den Kupferbezug aus Peru für Deutschland war und ist, ändern sich die anderen Bezugsquellen (sprich: Bergbauorte) von Jahr zu Jahr.

Tabelle 4: Aufgliederung peruanischer Exporte in 2006[4,5]

	Gesamtexporte	Ressourcen (Bergbau)
Peru (2006)	23,431 Mrd. US-$	14,464 Mrd. US-$
Hauptexportländer	USA: 5,467 (23%)	USA: 2,661 (davon: 1,336 Gold)
	China: 2,267 (9,7%)	China: 1,540 (davon: 0,926 Kupfer)
	Schweiz: 1,682 (7,2%)	Schweiz: 1,664 (davon: 1,658 Gold)
---> Deutschland	0,811 (3%)	0,378 (davon: 0,370 Kupfer)
---> EU 25	3,983 (17%)	2,458 Mrd. US-$



Perus Bergbausektor Lieblingskind mit Schwächeperiode in 2006

Das Jahr 2006 war kein normales Jahr für den peruanischen Bergbausektor. Das Lieblingskind der peruanischen Wirtschaft zeigte eine deutliche Wachstumsschwäche. Die Gewinnung und Aufbereitung von mineralisch-metallischen Vorkommen[6] in den Minenbezirken des Landes erzielte bis Ende November letzten Jahres lediglich ein Wachstum von 1,2%. Das fällt deutlich ab im Vergleich zum Wachstum des Bergbausektors in 2005 (7,4%) und gegenüber einem Wachstum des peruanischen Bruttoinlandsproduktes von 7,7% bis Ende November 2006. Dabei wurden in einigen Gebieten stärkere, in anderen geringere Gewinnsteigerungen verzeichnet. Die Gründe reichen von der Erschließung geringwertiger Vorkommen bis hin zu Produktionsunterbrechungen infolge von Streiks und Protesten der lokalen Bevölkerung, die sich gegen ihre fehlende Beteiligung bei der Planung der Bergbauprojekte sowie gegen Expansionsvorhaben und vom Bergbau ausgehende Umweltgefahren wehrt[7]. Stärkere Gewinne wurden vor allem durch Preissteigerungen erzielt.

... in der Wirtschaft

Der metallisch-mineralische Ressourcensektor Perus erzielte seit Beginn der 1990er Jahre eine enorme Expansion. Gold war *der* Boomrohstoff dieser Jahre – die geförderte Menge stieg auf das 20fache von 10 Tonnen auf über 200 Tonnen. Durch moderne Abbautechniken werden immer weniger ergiebige Vorkommen ökonomisch ausbeutbar, bis hin zu Gehalten mit durchschnittlich weniger als ein Gramm Gold pro Tonne mineralischen Gesteins. Tabelle 5 zeigt die überdurchschnittlichen Wachstumsraten der peruanischen Metallerzproduktion.

Tabelle 5: Produktion ausgewählter Metallerze 1989 und 2006

	Eisen	Zink	Kupfer	Blei	Zinn	Molybdän	Silber	Gold
1989	2.954.000	621.000	368.000	203.000	5.100	5.000	1.930	10
2006	4.785.000	1.202.000	1.049.000	313.000	38.470	17.209	3.470	203
Wachstum	62%	93%	185%	54%	654%	244%	80%	1.930%

(gerundete Zahlenwerte in Tonnen)[8]

Der Flächenanspruch liegt mittlerweile bei 20% der Landesfläche, in manchen Regionen bei 50% der Territorialfläche. Der direkte Beitrag zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt, ist mit nur 5,8% (2005) nach wie vor gering. Ihn daher allgemein als Motor der peruanischen Wirtschaft zu beschreiben, ist fragwürdig, auch wenn der Bergbau als primärer Wirtschaftssektor weitere Impulse in wirtschaftliche Sektoren wie die verarbeitende Industrie und den Dienstleistungssektor vermittelt.

... in der Exportwirtschaft

Eine Bezeichnung, die dem Sektor aufgrund der oben geschilderten Zahlen zweifellos zuzugestehen ist: der Bergbau ist der Motor der peruanischen Exportwirtschaft. Allein 56% (9,6 Milliarden) der insgesamt 17,1 Milliarden US-$, die in 2005 über den Export erwirtschaft wurden, entstammen dem mineralisch-metallischen Bergbau. Für das Jahr 2006 war es dann bereits ein Anteil von 63% (14,7 Mrd. US-$ von 23,3 Mrd. US-$ Gesamtexporterlösen). Die Exporterlöse aus mineralisch-metallischen Rohstoffen in 2006 schlüsseln sich wie folgt auf[9] (zum Vergleich Werte aus 1993)[10]:

Tabelle 6: Exportwerte der wesentlichen mineralisch-metallischen Ressourcen in 1993 / 2003

Gesamt	Kupfer	Gold	Zink	Blei	Silber	Zinn	Eisen	Rest
2006								
14,464 Mrd. US-$	6,053 (41,1%)	4,004 (27,3%)	1,991 (13,5%)	0,712 (4,8%)	0,479 (3,3%)	0,345 (2,4%)	0,256 (1,7%)	0,864 (5,9%)
Exportmenge	984.000t	219t	1.090.000t	323.000t	1.196t	37.000t	6.600.000t	
1993								
1,472 Mrd. US-$	0,649 (44%)	0,207 (14%)	0,266 (18%)	0,129 (8,8%)	0,072 (4,9%)	0,046 (3,1%)	0,084 (5,7%)	0,018 (1,2%)
Exportmenge	357.000t	18,2t	534.000t	195.000t	542,5t	12.000t	4.800.000t	

Steigende Erlöse durch den Export von Rohstoffen haben dem Land die Erweiterung des Handelsvolumens ermöglicht, sowie eine seit 2004 positive Leistungsbilanz und den Aufbau weiterer Devisenbestände. Letztere stiegen von 8,8 Mrd. US-$ Ende 2001 auf mittlerweile 17,3 Mrd. US-$ (Stand Dezember 2006). Peru ist jedoch aktuell noch immer mit 22 Milliarden US-$ bei ausländischen Gläubigern verschuldet. Den Großteil bilden mit 8,4 Mrd. US-$ Staatsanleihen. Gegenüber der BRD sind es Schulden in Höhe von 450 Millionen US-$, die zu mehr als 90% gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bestehen[11]. (Siehe auch den Artikel zur Verschuldungsproblematik in diesem Heft.)

Tabelle 7 zeigt, dass Peru in 2004 für vier Rohstoffe - Zinn, Silber, Zink und Blei - mehr als 10% der Weltproduktion besorgte. Für Kupfer wird eine Steigerung des Anteils von 7% erwartet, da weitere Minen in den kommenden Jahren die Produktion aufnehmen sollen.

Die in diesem Artikel genannten Zahlen geben preis: Die Welt ist in großem Maße von Perus Ressourcen abhängig. Umgekehrt begibt sich Peru damit jedoch auch in eine Abhängigkeit vom Ressourcenexport. Die Abhängigkeit vom (mineralischen) Rohstoffexport lässt sich über den „*mineral dependency indicator*“ zeigen, der aus dem Verhältnis von Exportwert mineralischer Ressourcen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gebildet wird[14]. 1985 lag der Wert bei 6,7%, verringerte sich in 1995 auf 4,8% und stieg im Jahr 2005 bei einem BIP von 78,4 Mrd. US-$ auf 12,4%. Im internationalen Vergleich ist das immer noch gering. Botswana wies 1995 als *Nummer 1* weltweit einen Wert von 35,1% auf. Wesentlich höhere Werte der Ressourcenabhängigkeit werden zudem bei Öl und Erdgas exportierenden Staaten erreicht (z.B. Bahrein, 63,4% in 2000)[15,16].

Die Abhängigkeit vom unmittelbaren Ressourcenexport wird zudem verstärkt, wenn man betrachtet, dass Peru im wesentlichen Metallerz*konzentrate* produziert und exportiert. Weniger als 50% der produzierten Erzkonzentratmengen werden einer weiteren Verhüttung und/oder Raffinierung unterzogen (Ausnahme: bei Zinn wird nahezu die gesamte Konzentratmenge weiter verarbeitet), bei der die Konzentrate von Begleitsubstanzen gereinigt, aufbereitet und aufkonzentriert werden. Die unmittelbare Wertschöpfung des Sektors im Land bleibt durch fehlende Weiterverarbeitungskapazitäten gering[17]. Von der Prognose aus dem Jahr 1983, die Peru Entwicklungsmöglichkeiten zu einem „regionalen Zentrum der Schwerindustrie im Sinne eines südamerikanischen Ruhrgebiets“[18] in Aussicht stellte, ist das Land somit weit entfernt.

Mathias Hohmann

Tabelle 7: Weltproduktion, Anteile und Ranking von Peru in 2004 für ausgewählte Rohstoffe [12,13]

	Kupfer (t)	Zinn (t)	Eisen (Mio. t)	Silber (t)	Gold (t)	Blei (t)	Zink (Mio. t)
Weltproduktion	14.500.000	275.000	1.360	19.700	2.490	3.100.000	9,4
Peru: Produktion	1.000.000	42.000	5,2	3.000	173	306.000	1,2
Anteil Weltproduktion	6,9%	15,3%	0,4%	15,2%	7,0%	9,8%	12,7%
Rang Peru: Welt/ Lateinamerika	3 / 2	3 / 1	17 / 5	1 / 1	5 / 5	4 / 1	3 / 1

Anmerkungen

1 SUNAT (SUPERINTENDENCIA NACIONAL DE ADMINISTRACION TRIBUTARIA), Anuario Estadistico: http://www.aduanet.gob.pe/aduanas/informae/anuaindi.htm
2 SUNAT: BOLETIN MENSUAL DE REGIMENES DEFINITIVOS: Diciembre 2005 und NOVIEMBRE 2006 (http://www.aduanet.gob.pe)
3 Banco Central de Reserva del Perú (2007): Notas de Estudios, No. 2 – 19 de enero de 2007 (http://www.bcrp.gob.pe)
4 SUNAT, Anuario Estadistico: http://www.aduanet.gob.pe/aduanas/informae/anuaindi.htm
5 Daten aus Banco Central de Reserva del Perú (2007): Series Estadisticas (http://www1.bcrp.gob.pe/VariablesFame/csm_01.asp)
6 Hauptprodukte: Kupfer, Gold, Zink, Zinn, Eisen, Silber, Blei, Molybdän; weitere Produkte: Cadmium, Wismut, Antimon, Indium
7 Banco Central de Reserva del Perú (2007): Notas de Estudios, No. 2 – 19 de enero de 2007 (http://www.bcrp.gob.pe)
8 Statistiken des Bergbau- und Energieministeriums (MINEM): http://www.minem.gob.pe/mineria/estad_inicio.asp
9 Die angegebenen Exportmengen müssen nicht mit den jährlich produzierten Mengen identisch sein.
10 Daten aus Banco Central de Reserva del Perú, Series Estadisticas (http://www1.bcrp.gob.pe/VariablesFame/csm_01.asp)
11 Ministerio de Economia y Finanzas: http://www.mef.gob.pe/DGCP/estadistica_cp.php
12 British Geological Survey (2006): World Mineral Production 2000-2004, (www.bgs.ac.uk/mineralsuk/free_downloads/home.html)
13 British Geological Survey (2006): European Mineral Statistics 2000-2004 (www.bgs.ac.uk/mineralsuk/free_downloads/home.html)
14 Daten des Bruttoinlandsprodukts (BIP/GDP): http://devdata.worldbank.org;
Daten für Exportwerte: http://www1.bcrp.gob.pe/VariablesFame/csm_01.asp
15 Michael Ross (2001): Extractive Sectors and the Poor, A report for Oxfam America, (www.oxfamamerica.org/pdfs/eireport.pdf)
16 Michael Ross (2004): Mineral Wealth and Equitable Development, Background report for the World Development Report 2006 (http://www.polisci.ucla.edu/faculty/ross/MineralEquitableDev.pdf)
17 Ministerio de Energia y Minas: Producción Anual, http://www.minem.gob.pe/mineria/estad_inicio.asp
18 David G. Becker (1983): The New Bourgeoisie and the Limits of Dependency: Mining, Class and Power in „Revolutionary“ Peru, Princeton University Press, Princeton, New Jersey, S. 21

Kupferversorgung in Deutschland

Die weltweit großen Knappheiten an Kupferkonzentraten in den letzten Jahren konnte die „Norddeutsche Affinerie“, Europas größter Kupferproduzent, durch langfristige Lieferverträge und eine breit gefächerte Lieferantenstruktur meistern. Der mit einem Marktanteil von über 80% dominierende deutsche Kupferhersteller erweiterte zudem seinen Kreis an Lieferanten. Die weltweite Kupferförderung konzentriert sich gegenwärtig zu mehr als einem Drittel auf Chile bzw. zu 69% auf drei südamerikanische Länder und ruht auf den Schultern sehr vieler Unternehmen. Die Versorgungssituation mit Kupfer sollte sich zudem durch die ab 2006 wirksame Elektronikschrottverordnung und den dadurch wachsenden Recyclingmarkt verbessern.

Kupfer wird überwiegend als Raffinadekupfer verbraucht, welches aus Erzen und Schrott erzeugt wird. Wegen seiner guten Leitfähigkeit wird Kupfer in der Elektrotechnik verwendet, aufgrund seiner Korrosionsbeständigkeit aber auch in der Bauwirtschaft, dem Maschinenbau und in der Automobilindustrie. In Deutschland stagnierte der Kupferbedarf mehr oder weniger und betrug 2004 etwas mehr als 1,1 Mio. Tonnen. Deutschland hatte 2004 einen Anteil von 6,7% am weltweiten Verbrauch von 16,5 Mio. Tonnen und weist damit den vierthöchsten Bedarf in der Welt auf; in der EU ist Deutschland der größte Kupferverbraucher.

Claudia Villagra, Institut SÜDWIND

Tabelle 8: Anteile der Kupfer verarbeitenden Sektoren in Deutschland

	1996		2004	
	Mio. t	Anteile	Mio. t	Anteile
Bauwesen	0,63	47%	0,58	37%
Elektrotechnik	0,20	15%	0,51	32%
Maschinenbau	0,24	18%	0,22	14%
Verkehrswesen	0,12	9%	0,13	8%
Feinmechanik	0,12	9%	0,00	0%
Übrige Sektoren	0,03	2%	0,14	9%
Insgesamt	1,34	100%	1,58	100%

WVM: Wirtschaftsvereinigung Metalle Metallstatistik 1997 und 2005

Foto: Archiv Informationsstelle Peru

Tabelle 9: Importquellen für in Deutschland verarbeitetes Kupfererz in 1.000 t

	1985	1995	2004	Anteile 2004
Chile	60,2	264,6	470,3	41,2%
Peru	0,0	0,0	161,1	14,1%
Argentinien	0,0	0,0	156,4	13,7%
Portugal	0,0	156,0	103,1	9,0%
Papua-Neuguinea	179,3	145,7	95,0	8,3%
Indonesien	0,0	44,6	37,3	3,3%
Brasilien	0,0	0,0	33,4	2,9%
Tschechien	0,0	0,0	19,7	1,7%
Türkei	0,0	0,0	16,5	1,4%
Mexico	106,0	0,0	10,2	0,9%
Übrige	203,6	52,4	38,8	3,40
Insgesamt	549,1	663,3	1.141,8	100,0%

BGR Bundesanstalt für Geowissenschaften (2005) Datenbestand der BGR, Hannover 2005

Fotos: Frank Esche

Alles im Griff

Wie die Weltbank für Bergbauunternehmen in Peru das Risiko niedrig hält

1991 trifft sich der neu gewählte peruanische Präsident Fujimori in Washington mit Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Die Stimmung ist gut. Peru wird die Schuldenzahlungen wiederaufnehmen und ein Strukturanpassungsprogramm auflegen. Der Weg ist damit frei für ein aktives Engagement der Weltbank im Bergbau in Peru. Dieses Engagement hat sich über die Jahre gewandelt. Zentrales Ziel ist jedoch nach wie vor, transnationale Unternehmen dabei zu unterstützen, Risiken unter Kontrolle zu halten.

Die Entwicklung des Bergbausektors in Peru in den letzten fünfzehn Jahren spiegelt die Entwicklungen einer Reihe von Ländern in Lateinamerika und auf anderen Kontinenten wider, wie Ghana oder den Philippinen. Die Öffnung des Bergbausektors für ausländische Investitionen, die Privatisierung staatlicher Bergbauunternehmen und die Senkung von Steuern waren Teil der Strukturanpassungsprogramme, die diesen Staaten von Seiten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auferlegt wurden. Dieser Prozess der weltweiten Umgestaltung von nationaler Politik im Interesse von transnationalen Bergbauunternehmen ist noch nicht abgeschlossen. Offiziell hat sich die Weltbank von der Politik der Strukturanpassung verabschiedet. Unter dem Schlagwort der notwendigen „Verbesserung des Investitionsklimas“ wird jedoch weiterhin gezielt Einfluss auf die Ausgestaltung von nationalen Bergbaugesetzen genommen, ohne dass dies auf den ersten Blick aus der Projektbeschreibung zu entnehmen ist. Besonders aktiv in diesem Bereich ist aktuell das „Private Enterprise Partnership – Middle East and North Africa (PEP-MENA)“.[1]

1990er Jahre: Weltbank macht den Weg frei

In Peru wurden in den 1990er Jahren die Reformen im Bergbau durch das Weltbankprojekt „Energy and Mining Technical Assistance Project (EMTAL)“ vorangetrieben. Ziel des Projekts war es, positive Voraussetzungen zu schaffen, um Investitionen anzulocken und die Rolle des Staates zu reformieren. Er sollte in Zukunft stärker regulierend wirken, Minen im Besitz des Staates sollten privatisiert werden. Die Weltbank beschränkte sich jedoch nicht darauf, Reformen durchzusetzen, sie wollte auch demonstrieren, dass der Bergbau in Peru ein attraktives Geschäft für private Investoren ist. Die Suche nach und der Abbau von Bodenschätzen ist ein Geschäft mit hohen Risiken. Dazu gehört zunächst das Risiko, dass viel Geld in die Suche nach Bodenschätzen investiert wird, ohne dass sicher ist, ob der Abbau sich lohnen wird. Ebenso bedeutend sind jedoch politische Risiken. So waren die Privatbanken Anfang der 90er Jahre zurückhaltend, ausländische Investitionen in den Bergbau in Peru zu finanzieren. Die Weltbank machte investitionsfreudigen Unternehmen deshalb ein doppeltes Angebot. Zum einen besteht die Möglichkeit, dass der Privatfinanzierungsarm der Weltbank – die International Finance Corporation (IFC) – einen Kredit vergibt oder Anteile des Unternehmens aufkauft. Zum Anderen vergibt die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) Garantien zur Absicherung von Investitionen.

Weltbank wird Minenbesitzer

1993 kaufte sich IFC mit fünf Prozent bei Minera Yanacocha und mit zwanzig Prozent bei Minera Quellaveco ein. Beide Unternehmen haben zudem bis 2001 mehrere Kredite von IFC erhalten. Minera Yanacocha erhielt zudem eine Garantie von MIGA, ebenso wie die Magma Tintaya Copper Mine (1995) und Antamina (1999).

Die Goldmine Yanacocha gehört zu den umstrittensten Goldtagebauten weltweit. Die zweitgrößte Goldmine der Welt ist zu 51,35 Prozent im Besitz des weltweit größten Goldunternehmens Newmont mit Sitz in den USA. 43,65 Prozent gehören dem peruanischen Unternehmen Compañia de Minas Buenaventura und fünf Prozent der IFC. Geleitet wird die Mine vom peruanischen Tochterunternehmen von Newmont. Geplant war ursprünglich, dass die Mine zehn Jahre lang arbeiten sollte, allerdings wurde immer mehr Gold gefunden und die Produktion weiter ausgeweitet, so dass die Mine heute auf ca. 30.000 Hektar sechs Tagebaugruben, vier Zyanidlaugungsbecken und drei Produktionsstätten umfasst[2]. Seit Beginn der Minenarbeiten spürt die lokale Bevölkerung die Macht der Mine und leidet unter den Umweltauswirkungen (siehe Kasten „Yanacocha“ nach diesem Artikel). Höhepunkt des Widerstands der lokalen Bevölkerung gegen die Ausweitung der Mine war 2004, als die Bevölkerung – unterstützt durch internationale zivilgesellschaftliche Organisationen – das Unternehmen dazu brachte, zumindest vorübergehend Pläne auf Eis zu legen, den Berg Quillish abzutragen. Der Berg hat hohe spirituelle Bedeutung für die Bevölkerung und stellt eine der wichtigsten Wasserscheiden in der Region dar. Insgesamt liegen im Konzessionsgelände der Mine vier Wasserscheiden. Insgesamt will die Mine ihr Abbaugebiet um weitere 25.000 ha erweitern, wobei in das Konzessionsgebiet auch ein Gebiet mit über 200 kleinen Lagunen fällt (San Cirilo) und das Expansionsgebiet deckungsgleich ist mit wichtigen Wasserquellgebieten.

Das neue Jahrtausend: Weltbank als Umweltschützer?

In den 1990er Jahren kam die Weltbank zunehmend unter Druck, ihre Kreditvergabe an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards zu binden. 1993 wurde das Inspection Panel eingerichtet, bei dem Projektbetroffene Beschwerden einreichen können, wenn Projekte gegen die von der Weltbank aufgelegten Standards verstoßen. Das Inspection Panel darf jedoch nur die Auswirkungen von Projekten begutachten, für die Kredite an Regierungen vergeben wurden. IFC und MIGA

verfügen seit 2000 über ein separates Beschwerdeverfahren. Die erste Beschwerde, die beim IFC Ombudsman eingereicht wurde, kam aus Yanacocha. Im Juni 2000 verlor ein Lastwagen, der aus der Mine kam, auf 41 Kilometern 151 kg Quecksilber. Viele Menschen, die das Quecksilber von Choropampa/ Cajamarca auflasen, leiden bis heute unter den gesundheitlichen Folgen.

Da sich das Unternehmen weigert, in angemessener Weise die Verantwortung zu übernehmen, reichten die Betroffenen eine Beschwerde beim IFC Ombudsman ein. Daraus entwickelte sich ein bis heute nicht beendeter Streit zwischen Yanacocha und der Bevölkerung, in dem die Betroffenen ihre Forderungen formulieren, Yanacocha aber keine Entschädigung bezahlen will. Eine Gruppe von Betroffenen hat nun bei einem Gericht in Denver Klage gegen das Unternehmen erhoben, der Prozess ist allerdings noch im Gange. Bislang hat keine angemessene Entschädigung der Betroffenen durch das Unternehmen stattgefunden.

Soziale Risiken eindämmen

Die Auseinandersetzungen um Yanacocha haben bei Unternehmen und IFC das Bewusstsein geschärft, dass ein Unternehmen sich nicht nur mit politischen, sondern auch mit sozialen und Umwelt-Risiken auseinandersetzen muss[3]. Die Unterstützung im Umgang mit diesen Risiken ist inzwischen ein zentrales Angebot, mit dem die IFC ihre Kredite den großen Bergbauunternehmen schmackhaft macht. Dabei geht es sowohl um Imagepflege als auch Mediation bei Konflikten mit der lokalen Bevölkerung und Zuschüsse für Entwicklungsprojekte. Für die Weltbank geht es zudem darum nachzuweisen, dass Bergbauprojekte in Entwicklungsländern einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten können. Im Jahr 2000 beugte sich die Weltbank dem Druck der Zivilgesellschaft, eine unabhängige Überprüfung ihrer Bergbaupolitik einzurichten. Von 2001 bis 2003 wurde der „Extractive Industries Review (EIR)“ durchgeführt, in dessen Rahmen die von der Weltbank geförderten Programme und Projekte vor allem unter dem Blickwinkel der Armutsbekämpfung analysiert wurden. Als eines der wichtigsten Ergebnisse empfahl die Kommission der Weltbank, Projekte nur bei ausdrücklicher Zustimmung lokaler und indigener Gemeinschaften zu fördern. Dies ist jedoch bis heute nicht der Fall: so muss die lokale und indigene Bevölkerung nach den aktuellen IFC-Standards[4] zwar konsultiert werden, soll aber keine entscheidungstragende Rolle haben. Ein Problem, das auch in Yanacocha für Konflikte sorgt, ist, dass die an den Staat abgeführten Einkommen der Mine nicht angemessen der lokalen Bevölkerung zugute kommen. Da dies auch in vielen anderen Ländern der Fall ist, wurde 2002 auf Initiative von Tony Blair die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ins Leben gerufen. Das Hauptanliegen der Initiative ist es, die Finanzflüsse von Unternehmen zu Staaten und innerhalb der verschiedenen staatlichen Ebenen transparent zu machen. Die Weltbank hat diese Initiative von Anfang an unterstützt. EITI ist sowohl im Interesse der Weltbank, die einen Armutsbekämpfungseffekt nachweisen muss, als auch der Unternehmen, da die lokale Bevölkerung von den Gewinnen der Mine profitiert und damit soziale Risiken eingedämmt werden können. In Yanacocha läuft seit 2004 ein von der Weltbank finanziertes Pilotprogramm, mit dem den Gemeinden geholfen werden soll, die Gelder sinnvoll zu investieren.

Foto: Tagebau Maqui Maqui - Yanacocha 2006 / Jonas Lambrigger

Strategische Partnerschaft

Die Geschichte des Bergbaus in Peru der letzten fünfzehn Jahre kann als die einer strategischen Partnerschaft zwischen der Weltbank und transnationalen Bergbaukonzernen gelesen werden. Die Gesamtsumme der finanziellen Investitionen der Weltbank ist dabei nicht das entscheidende. Bezeichnend ist vielmehr, dass die IFC ihre Politik flexibel den Problemen der Bergbauindustrie anpasst, politische und soziale Risiken in den Griff zu bekommen. Armutsbekämpfung und Umweltschutz durch Bergbau bleiben in Peru jedoch weiter eine Illusion, wie andere Artikel in diesem Heft zeigen. (siehe auch Fallbeispiel „La Oroya“ in diesem Heft).

Ute Hausmann, FIAN Deutschland

Anmerkungen

1 *http://www.ifc.org/ifcext/mena.nsf/Content/Facilities*

2 *http://www.cao-ombudsman.org/html-english/complaint_yanacocha.htm*

3 *siehe z.B. „Managing political risk in mining“ von Ben Cattaneo, veröffentlicht am 02.11.2006 auf Mineweb: http://www.mineweb.net/int_beat/367841.htm*

4 *International Finance Corporation „Performance Standards on Social & Environmental Sustainability”, April30, 2006. http://www.ifc.org/ifcext/enviro.nsf/AttachmentsByTitle/pol_PerformanceStandards2006_full/$FILE/IFC+Performance+Standards.pdf. Performance Standard 7 befasst sich mit indigenen Gruppen: S. 28 folgende.*

Die Sozial- und Umweltproblematik des Bergbauunternehmens „Yanacocha“ in Cajamarca

In Cajamarca im Norden Perus operiert seit Beginn der 1990-er Jahre die Goldmine „Yanacocha“, die größte Lateinamerikas und eine der größten weltweit. Der Beginn der Bergbauaktivitäten des Unternehmens Yanacocha, das sich mehrheitlich im Besitz der US-amerikanischen Newmont Mining Corporation befindet, wurde als Entwicklungschance für Cajamarca gepriesen. Und in der Tat ist das Bruttoinlandsprodukt der Region in den Jahren bis 2007 kräftig gewachsen. Paradoxerweise zählt Cajamarca jedoch nach wie vor zu den vier ärmsten Regionen Perus. Der Goldbergbau konnte keinen wesentlichen Beitrag zur Armutsminderung leisten. Durch den Goldbergbau sind soziale Konflikte entstanden, die sich vor allem zwischen den vom Bergbau betroffenen Dorfgemeinschaften und dem Unternehmen vollziehen. Diese sozialen Konflikte haben verschiedene Ursachen, die im folgenden kurz umrissen werden:

Die soziale Problematik

1. Unvorteilhafte Landverkäufe

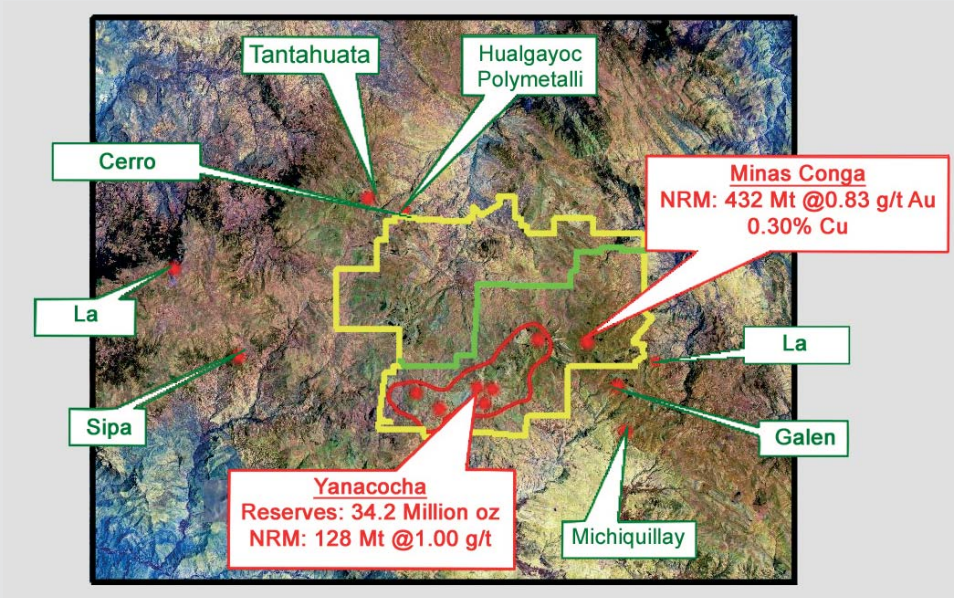
Viele Bauern verkauften zu Beginn des Goldbergbaus in Cajamarca ihre Ländereien zu vergleichsweise niedrigen Preisen, ohne die Konsequenzen dieses Verkaufs für sich und ihre Familien wirklich abschätzen zu können. Die Bauern, die häufig kaum rechnen oder schreiben können, verfügten seinerzeit über keinerlei juristische Beratung. Die schwachen Verhandlungskapazitäten der Bauern wurden vom Unternehmen schamlos ausgenutzt. Der vom Unternehmen gebotene Preis (ca. 40 USD pro Hektar Land) erschien den Bauern unwiderstehlich attraktiv, lieferte aber de facto nur für kurze Zeit eine Lebensgrundlage. Das Land war für immer weg. Jene Bauern, die sich dem Verkauf widersetzten, wurden dank einer stark investitionsfördernden Bergbaugesetzgebung unter dem damaligen Präsidenten Fujimori enteignet oder zum Verkauf gezwungen. Bis heute schwelen die Konflikte zwischen Unternehmen und Bauern aufgrund dieser unvorteilhaften Landverkäufe, nicht zuletzt deshalb, weil der Grundstückspreis in einigen Expansionsgebieten der Mine inzwischen um die 15.000 US-$ pro Hektar beträgt. Dieser Umstand schürt die Unzufriedenheit und den Unmut der Bauern und das Gefühl, übers Ohr gehauen worden zu sein.

2. Ungebremste Ausweitung des Bergbaus

Die anhaltend hohen Preise für Gold und andere Metalle führen zu einer massiven Expansion der Bergbautätigkeiten in Peru. Auch Yanacocha erweitert permanent sein Abbaugebiet. So soll das momentan 26.000 Hektar Land umfassende Abbaugebiet um weitere 25.000 Hektar erweitert werden. Dies bedeutet mehr Landkäufe, mehr Boden- und mehr Wassernutzung. Viele Bauerngemeinschaften stellen sich gegen einen weiteren Landverkauf. Die Dorfgemeinschaften sind gespalten zwischen Minengegnern und Minenbefürwortern. Es kommt zu immer brutaleren Zusammenstößen. Zwei Bauernführer wurden im August und November 2006 getötet, einer von ihnen von Polizisten, von denen bekannt ist, dass sie an ihrem freien Tag für das Unternehmen arbeiteten, um ihren knappen staatlichen Lohn aufzubessern. Die Hintergründe dieser Mordfälle sind bis heute nicht aufgeklärt.

3. Drohungen, Bespitzelungen, Anfeindungen

Soziale Organisationen, die bessere Umweltkontrollen und eine größere Beteiligung der Bevölkerung am produzierten Reichtum fordern, die sich für den Schutz der Wasserquellen einsetzen und einer ungeordneten Ausweitung der Bergbauaktivitäten entgegenstellen, sind in den letzten Jahren immer mehr zur Zielscheibe von Einschüchterungsversuchen und Drohungen gegen die persönliche Unversehrtheit geworden. So gab es 2006 eine groß angelegte Bespitzelungsaktion gegen bekannte Umweltaktivisten aus den Bauerngemeinden und gegen NGOs wie Grufides, Partnerorganisation der Kampagne »Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt«, und ihren bekanntesten Vertreter, Padre Marco Arana. Minenbefürworter organisierten einen Protestmarsch von Arbeitern des Unternehmens Yanacocha, in dem sie gegen Umweltaktivisten aus den Bauerngemeinden und Grufides demonstrierten.



Grafik: Grufides

Foto: Staudamm im San Lorenzo Tal
Frank Esche

4. Arbeitsrechtliche Probleme

Das Unternehmen kommt den arbeitsrechtlichen Auflagen gegenüber seinen Arbeitern nicht nach und schüchtert Gewerkschaftsvertreter ein. Darüber hinaus weigert sich das Unternehmen, freiwillige Leistungen zu zahlen, die von anderen im Land tätigen Firmen an ihre Mitarbeiter bezahlt werden. Im Mai 2007 kam es deshalb zum Streik der Arbeiter gegen das Unternehmen.

Die Umweltproblematik

1. Wasserquellen verschwinden

Der Goldbergbau im offenen Tagebau ist eine sehr wasserintensive Angelegenheit. Durch die Operationen von Yanacocha sind bereits mehrere Lagunen verschwunden, natürliche Wasserquellgebiete werden zerstört und der Lauf der Bäche verändert. In einer Region, in der viele Bauern ihre Felder künstlich bewässern müssen, um ernten zu können, ist die knappe Ressource Wasser ein wertvolles und gleichzeitig konfliktträchtiges Gut. Mit dem Goldbergbau wurde in Cajamarca eine ohnehin knappe Ressource noch knapper. Fünf von der lokalen Bevölkerung genutzte Bewässerungskanäle haben inzwischen keine natürlichen Quellen mehr und werden statt dessen vom Bergbauunternehmen mit aufbereitetem Wasser bespeist. Der Grundwasserspiegel sinkt beständig. Das Umschaufeln von täglich 600.000 Tonnen Erde und Fels verstärkt das Problem der Bodenerosion sowie das Hochspülen von Ablagerungen.

2. Vermehrte Störfälle

Nach einer Umweltstudie der Firma INGETEC (2003) kam es bei Yanacocha zu Störfällen, bei denen Zyanid aus den Zyankali-Lauge-Becken entwichen ist. Ein Gutachten der Stratus-Consulting bestätigt: „An einigen Stellen können die vom Bergwerk verursachten Änderungen in der Wasserqualität ausreichen, um Fische und anderes Leben in den Bächen zu töten... An einigen Stellen nahe am Grenzgebiet zum Bergwerk sind die Veränderungen bedeutsam....“ Der Empfehlung, „zu vermeiden, dass gefährliche oder verdächtige Substanzen in Wasserläufe geleitet werden, die der Produktion von Trinkwasser dienen“, wird im Fall des Rio Grande nicht nachgekommen. Mehrmals schon kam es in minennahen Flüssen zu massiven Forellensterben. In den Fischen wurden Quecksilberwerte nachgewiesen, die die zulässigen Höchstwerte deutlich überschreiten. Eine progressive Verschlechterung der untersuchten Wasserressourcen ist zu verzeichnen. Das Fischereiamt in Cajamarca fordert bessere Kontrollen der Wasserqualität.

Schlussfolgerungen

- Die oben genannten Probleme erzeugen im Kontext der geplanten Erweiterung der Bergbauaktivitäten des Unternehmens zunehmende soziale Konflikte, welche charakterisiert sind durch eine wachsende Gewalttätigkeit.

- Die geringe Teilhabe der Bauerngemeinschaften am großen wirtschaftlichen Gewinn des Unternehmens führt zu Unmut und wachsenden Konflikten. Das Bergbauunternehmen Yanacocha, das im Jahr 2006 insgesamt 2,6 Millionen Unzen Gold förderte, ein geschätzter Umsatz von gut 1,5 Milliarden US-$ allein in Cajamarca, weigert sich, Lizenzgebühren auf ihren übermäßigen Gewinn zu bezahlen, was die öffentliche Meinung über das Unternehmen verschlechtert. Die Kommunikation des Unternehmens ist intransparent und erzeugt Misstrauen.

- Die Regierungen auf lokaler und regionaler Ebene sind nicht in der Lage, mit den Einnahmen aus dem Bergbau nachhaltige Entwicklungsprozesse anzustoßen. Die Nationalregierung bietet keine Unterstützung. Wertschöpfungsketten existieren im Zusammenhang mit dem Bergbau nicht. Die Mine schafft nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze. Auch die soziale Situation in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Armutsminderung hat sich in Cajamarca durch den Bergbau nicht verbessert.

- Die räumliche Ausdehnung des Bergbaus macht eine flächendeckende Raumordnungspolitik notwendig. Auch für die Umweltkontrolle fehlen auf allen Ebenen die entsprechenden Institutionen und Ressourcen. Die Integration der Umweltaufsicht im Bergbauministerium verursacht einen Interessenkonflikt. Der Staat priorisiert einseitig den devisenträchtigen Bergbau vor dem Schutz der Umwelt. Diese Situation kann nur durch eine eigenständige, unabhängige Umweltbehörde gelöst werden.

Susanne Friess & Michael A. Schrick
auf der Grundlage eines Artikels von Grufides (zu finden unter http://www.staepa-cajamarca.de/tickermeldung.php?id=8477)

Foto: Ilona Plichat

Refugium in einer verseuchten Welt
Kindergarten für die Opfer von La Oroya

La Oroya, Peru, 14. Dezember 2006 (IPS) - Es ist halb neun Uhr morgens, und der Bus ist abfahrbereit. Heute sind nur 67 der insgesamt 80 Kinder gekommen, die in der Kita von Casaracra einen Platz bekommen haben. „Manchmal wissen die Eltern unsere Bemühungen eben nicht zu schätzen und schicken ihre Kinder nicht her“, berichtet der Betreuer Rully Huamaní, der die Kleinen mit einem Lächeln begrüßt.

Auf den ersten Blick sieht die Einrichtung von Casaracra, eine halbe Autostunde von La Oroya in der peruanischen Hochlandregion Junín gelegen, wie ein ganz normaler Kindergarten aus. Die Jungen und Mädchen sind in Gruppen eingeteilt mit Bezeichnungen wie ‚die Engelchen‘, ‚die Mäuse‘, ‚die Löwen‘, ‚die Bären‘.

Hinter der scheinbaren Normalität verbirgt sich jedoch eine menschliche Tragödie. Denn in den Räumen der Tagesstätte werden die Opfer einer Umweltkatastrophe betreut. Verursacher ist eine Metallschmelze, die seit 1922 in der Region angesiedelt ist. Der Anlage verdankt La Oroya den zweifelhaften Ruf, zu den zehn kontaminiertesten Orten der Welt zu zählen.

Besonders betroffen sind die Kinder: So weist die knapp zweijährige Anabella eine Bleikonzentration von 45 Mikrogramm je Liter Blut auf. Der kleine Leonel, zweieinhalb Jahre alt, hat 70 Mikrogramm Blei je Liter Blut in seinem Körper. Der zulässige Höchstwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt bei 10 Mikrogramm pro Liter Blut.

Die in der Einrichtung betreuten Mädchen und Jungen erhalten jeden Tag Medikamente. Ihre Haare werden mit einem Spezialshampoo gewaschen. Außerdem werden sie mit natürlichen Produkten wie Kiwicha ernährt, einem stark proteinhaltigen Getreide, das zugleich als Heilpflanze dient.

Während die Kinder den Tag in der Einrichtung verbringen, pusten die Schornsteine der Metallhütte von La Oroya weiterhin Unmengen giftiger Abgase wie Schwefeldioxid, Bleipartikel oder Kadmium in die Luft. In der 35.000 Einwohner zählenden Gemeinde wurde in den vergangenen beiden Monaten elf beziehungsweise 15 Mal der Notstand ausgerufen, nachdem die Schwefeldioxidemissionen die zulässige Höchstgrenze von 175 Tonnen am Tag übertroffen hatten.

Foto: Schmelzanlage La Oroya / Günther Keine

Zuckerrohr und Peitsche

Eigentümer der umstrittenen Metallfabrik ist seit fast zehn Jahren die US-amerikanische Firma ‚Doe Run‘; die paradoxerweise auch den Kindergarten betreibt. Verseucht wird die Region jedoch seit mehr als 80 Jahren. Damals gehörte die Anlage zunächst der US-Firma ‚Cerro de Pasco Copper Corporation‘, ging 1974 in den Besitz von ‚Centromín Perú‘ über und wurde nach der Privatisierung 1997 von Doe Run übernommen.

Der aktuelle Eigentümer streitet nicht ab, für die Schadstoffe verantwortlich zu sein, vertritt jedoch die Auffassung, man könne sich durch gesunde Ernährung und Hygiene vor einer Vergiftung schützen. Deshalb kommen die Kindergartenkinder von Casaracra im Rahmen der Betreuung auch in den Genuss besonders nahrhafter Speisen. Das Unternehmen finanziert zudem Straßenreinigungsmaßnahmen, öffentliche Duschen und Ausbildungsprogramme.

Nach eigenen Angaben führt Doe Run ständige Kontrollen der Luftqualität durch, während die staatliche ‚Generaldirektion für Umweltgesundheit‘ (Digesa) im Durchschnitt lediglich drei Messungen im Jahr vornimmt. Das Amt hat zwar vor, die Kontrollen im nächsten Jahr zu verstärken, doch fehlt es dazu bisher an den nötigen finanziellen Mitteln.

Die größten Giftschwaden werden in der Zeit elf bis 13 Uhr und ab 17 Uhr freigesetzt - mit verheerenden Folgen für die Anrainer. So gibt es in der Region kaum eine Familie, in der nicht über die Symptome einer Bleivergiftung wie Kopf- und Magenschmerzen, Schlaflosigkeit, Unruhe, Anämie, Gewichtsverlust und einer Schwäche der Gliedmaßen geklagt wird. Einer Studie des Gesundheitsministeriums zufolge leidet zudem die Hälfte aller Kinder in La Oroya an Asthma.

Abhängigkeit schafft Verbündete

Und doch möchten die Bewohner die Fabrik nicht missen. „Wie soll ich ohne Arbeit meine Familie ernähren, wo doch das Land nichts mehr hervorbringt“, fragt Ronald Parra von der lokalen Arbeitslosenorganisation ‚Frente de Desempleados‘. Er hat die Hoffnung nicht aufgegeben, bei Doe Run doch noch einen Job zu finden.

Die finanzielle Abhängigkeit veranlasst viele Anwohner, die Gefahr, die von dem Hüttenwerk ausgeht, klein zu reden. „Meine Kinder sind normal“, sagt die vierfache Mutter Irene Caso Huerta, obwohl vier von ihren sechs Kindern Bleiwerte weit oberhalb der gesundheitlich zulässigen Obergrenze aufweisen. Auch der Arzt Roberto Ramos, der die Kindergartenkinder in Casaracra medizinisch betreut, wiegelt ab. „Meine Kinder sind mit der Bleibelastung groß geworden“, sagt er. „Dank einer gesunden Ernährung haben sie es bis zur Universität geschafft.“

Foto: La Oroya / Günther Keine

Eine Studie des US-amerikanischen Seuchenkontrollzentrums in Atlanta hat festgestellt, dass die öffentlichen Gesundheitsprogramme von Doe Run kaum etwas gegen die Konzentration von Blei im menschlichen Blut ausrichten. Kritiker werfen dem Konzern ohnehin vor, mit seinen Sozial- und Hygieneprogrammen nur einen Aufschub für das der peruanischen Regierung im Jahr 1997 versprochene Umweltschutzprogramm zur Reduktion der giftigen Emissionen erhalten zu wollen.

Die Verhandlungsposition der Regierung, die US-Firma in die Pflicht zu nehmen, ist denkbar schlecht. Denn die Hälfte der Steuereinnahmen des südamerikanischen Landes stammt aus der Bergbauindustrie. Doe Run wird von etwa 30 Bergbauunternehmen im Süden und Zentrum Perus mit Mineralien beliefert und bezahlt für die Lieferungen jährlich rund 432 Millionen US-Dollar.

Eine Schließung des Hüttenwerks ist für auch für die Menschen von La Oroya inakzeptabel. Vor zwei Jahren gingen sie für die Firma auf die Straße, nachdem diese ihren Rückzug aus Peru angedroht hatte. Die Regierung gab nach und verlängerte die Frist für die Umsetzung des Umweltprogramms.

Umweltschutzmaßnahmen bis 2009

Ursprünglich hätte das Programm bis Januar 2007 in Kraft treten sollen. Tatsächlich aber wurde dem Unternehmen eine neue Frist bis 2009 gewährt. Außerdem erließen die peruanischen Behörden der Firma die Zahlung von Umweltstrafen, unter der Bedingung, dass das Unternehmen weitere Umweltschutzmaßnahmen treffe. Nach Angaben von Juan Carlos Huyhua, dem Geschäftsführer des Hüttenwerks, wird die Modernisierung der Produktionsanlagen in La Oroya kontinuierlich vorangetrieben. Es ist inzwischen fünf Uhr nachmittags. Der Bus aus Casaracra kehrt heim in die Altstadt von La Oroya, nur wenige Meter von der Metallschmelze entfernt. Dort nehmen die Eltern ihre Kinder in Empfang. Die Kleinsten sind bereits eingeschlafen, die Größeren zeigen stolz, was sie am Tag gebastelt haben. Im Hintergrund stößt der Schornstein der Fabrik wie immer seine giftige Ladung in die Luft aus.

Milagros Salazar
(mit freundlicher Genehmigung von IPS)

Links:
http://www.regionjunin.gob.pe/noticias/nov06/021106_1.asp
http://www.doerun.com/whatwedo/laOroya.aspx
http://www.blacksmithinstitute.org/
http://www.cdc.gov/
http://www.ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=39582

Merkel ermuntert Wirtschaft
zum Kauf ausländischer Bergbaufirmen

Am 20. März 2007 auf einem Rohstoffkongress des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) in Berlin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutschen Unternehmen ermuntert, zur Sicherung ihrer Rohstoffinteressen auch ausländische Bergbaukonzerne zu übernehmen. Eine Beteiligung oder ein Kauf könnten durchaus ein Beitrag sein, um Bezugsquellen zu sichern und sich global aufzustellen. Staat und Wirtschaft müssten künftig eng kooperieren, sagte die Kanzlerin. Der deutschen Wirtschaft machen die enorm gestiegenen Preise auch bei metallischen Rohstoffen, Mineralien sowie Schrott zu schaffen. Laut BDI sind die Rohstoffe im Prinzip nicht knapp. Es gebe vielmehr Engpässe bei Förderung und Erschließung.

Hochpreisphase dauert an

Merkel als auch BDI-Präsident Jürgen Thumann erwarten angesichts des Wachstums der Weltwirtschaft und in den Schwellenländern, dass die Hochpreisphase noch längere Zeit andauert. Durch neue Kapazitäten gebe es zwar Signale für eine gewisse Entspannung. Die Förderung wichtiger Rohstoffe konzentriere sich aber auf wenige und teils politisch nicht stabile Länder. Bei der Erkundung müsse Europa schneller sein. Thumann geht davon aus, dass es bei den Preisen bis zum Jahr 2015 keine wesentliche Entspannung geben werde. Aber auch dann könne keine Entwarnung gegeben werden. Denn die hohe Nachfrage Chinas und Indiens werde zu dauerhaft hohen Preisen führen. Es seien zudem „Akteure unterwegs, die eine gänzlich andere Vorstellung haben“, sagte Thumann mit Blick auf die „Rohstoffsicherungspolitik Chinas“.

Die Rohstoffproduktivität solle bis 2020 verdoppelt werden. Zudem setze sich die Bundesregierung für den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen ein. Auch müsse die Transparenz im Rohstoffbereich erhöht werden. Möglich seien Zertifizierungen, wie es sie bereits bei Tropenhölzern gebe.

http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/5/0,3672,5254021,00.html (Meldung für diese Broschüre gekürzt)

Bergbau und Schulden – eine vielfältige Beziehung

Der Export billiger Rohstoffe durch Peru (und andere Länder des Südens) begann in der Kolonialzeit. Er ist ein wichtiges Merkmal der Geschichte der Unterentwicklung und Symbol für die Arbeitsteilung und die Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft. Die Exporte der Länder des Südens bestanden lange und bestehen zum Teil noch heute überwiegend aus unverarbeiteten Rohstoffen. Die niedrigen und über viele Jahrzehnte sinkenden Preise für diese Rohstoffe sind *ein* Grund für die wirtschaftliche Unterentwicklung vieler Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

„Nachholende Entwicklung“

Das in den 60er und 70er Jahren in vielen Ländern des Südens praktizierte Modell der „nachholenden Entwicklung“ wurde von den Entwicklungsexperten des Nordens empfohlen, es entsprach aber auch den Vorstellungen der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in diesen Ländern selbst. Nach dem Vorbild der Entwicklung in den „Industrieländern“ sollten die „Entwicklungsländer“ Anschluss an Lebensweise und -standard der Länder des Nordens bekommen. Dies sollte durch Investitionen in Infrastruktur (Häfen, Staudämme...) und Industrieanlagen erreicht werden.

Entwicklung auf Kredit

Die Länder des Südens waren nicht in der Lage, diesen Entwicklungsweg aus eigener Kraft zu gehen, das heißt auf Grundlage eigenen technischen Wissens und eigener finanzieller Mittel. In der Kolonialzeit hatten die „Mutterländer“ ihre technisch-wissenschaftliche Entwicklung behindert, deshalb mussten Technologie und Anlagen im Ausland gekauft werden. Ein Grund für die fehlende Möglichkeit, die Investitionen mit eigenen Mitteln zu finanzieren, waren die niedrigen Weltmarkt-Preise für mineralische und agrarische Rohstoffe, ihre wichtigsten Exportgüter. Ergebnis war eine kreditfinanzierte „Entwicklung“, diese Kredite waren das Fundament der heutigen Überschuldung.

Kredite für den Bergbau

In den staatlichen und privaten Bergbau in Peru sind zur Finanzierung von Investitionen in den letzten Jahrzehnten viele internationale Kredite geflossen. In den 70er und 80er Jahren wurden Investitionen im teilweise verstaatlichten Bergbau-Bereich vor allem durch die staatlichen Firmen „Minero Perú“, CENTROMIN und „Hierroperu“ vorgenommen, die Investitionen privater Gesellschaften waren geringer. So machten die Investitionen der privaten Southern Peru Copper Corporation zwischen 1972 und 1976 in Höhe von durchschnittlich ca. 130 Millionen US-$ pro Jahr 97% der gesamten privaten Investitionen in diesem Bereich aus. Die damaligen staatlichen und privaten Investitionen waren aber aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise und dadurch niedrigen Gewinnerwartungen insgesamt gering bzw. stark schwankend. So lagen die öffentlichen Investitionen im Minenbereich zum Beispiel 1970 bei nur 0,12 Millionen US-$, 1975 bei 375 Millionen US-$, in der ersten Hälfte der 80er Jahre im Durchschnitt bei 342 Millionen US-$ und fielen 1986 bis 1990 auf durchschnittlich 81,5 Millionen US-$. Zur Finanzierung dieser Investitionen haben die Minengesellschaften bei ausländischen staatlichen Finanzierungsgesellschaften oder Banken Kredite aufgenommen; diese sind Bestandteil der in diesen Jahren stark zunehmenden Auslandsverschuldung Perus. Der noch zu Beginn der 90er Jahre kriselnde Bergbau-Sektor veränderte sich in den folgenden Jahren völlig, dabei kamen verschiedene Faktoren zusammen. Mit der ökonomischen Stabilisierung Perus erholte sich auch der Bergbau. Begünstigt wurde diese Entwicklung 1991 durch:

- ein Gesetz zur Förderung ausländischer Investitionen, das als oberste Aufgabe des Staates die Förderung der privaten Investition und des Wettbewerbes verfügte; als Konsequenz setzte man zahlreiche Einzelvorschriften des Umweltrahmengesetzes von 1990 außer Kraft; jedes Ministerium erließ für seinen Bereich eigene Umweltnormen;

- ein Gesetz zur Förderung der Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe.

1996 wurde schließlich ein Gesetz verabschiedet, das Anreize für Investitionen in die wirtschaftliche Nutzung der natürlichen Ressourcen schaffen sollte.

Dies führte zur Privatisierung der staatlichen Minen-Unternehmen, zu einem Anstieg der (privaten) Investitionen, zur Entstehung neuer und der Ausweitung bestehender Minenprojekte. Für die Periode 1993 bis 2007 wurden Investitionen in Höhe von 8.665 Millionen US-$ geplant, von denen die meisten bereits getätigt sind. Deutsche Unternehmen waren an diesen Investitionen praktisch nicht beteiligt.

Die meisten Investitionen erfolgten in den Bereichen Kupfer und Gold: nach den Krisenjahren gab es bei diesen Mineralien verbesserte Marktchancen und hohe Gewinnerwartungen. Auch einige kleine und mittlere Minen-Unternehmen, die zu einer wirtschaftlich starken Gruppe von Unternehmen – z.B. der „Buenaventura“ - gehörten, konnten ihre Krise überwinden und erfolgreich Kapital anwerben, die Betriebsgröße der mittleren Unternehmen nahm zu. Ansonsten führte dieser Prozess zu einem (fast) völligen Verschwinden der kleinen Unternehmen.

Kredite auch aus Deutschland

► Zum Beispiel Yanacocha

Die Mine Yanacocha (Cajamarca), größte Goldmine Lateinamerikas, erhielt von der staatlichen DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) laut deren Geschäftsbericht 1993 einen Kredit in Höhe von 9 Millionen DM. Laut Aussagen des (ehemaligen) Peru-Länderreferenten des BMZ gab es in den 90er Jahren zwei Darlehen aus BMZ-Mitteln für das Projekt in Höhe von 13,5 Millionen DM.

► Zum Beispiel Antamina

1998 wurden die Vereinbarungen zwischen der Compania Minera Antamina, bestehend aus drei kanadischen Unternehmen, und der peruanischen Regierung für das Minen-Projekt Antamina, 380 km nordöstlich von Lima in den Anden bei Huaraz gelegen, abgeschlossen. Für die Kupfer- und Zink-Mine wurden fast 2,2 Milliarden US-$ investiert, davon waren 1,2 Milliarden US-$ internationale Kredite. Die CMA erhielt 1998 einen Kredit in Höhe von 600 Millionen US-$ von einem Banken-Konsortium, an dem auch die Deutsche Bank beteiligt war. Diese Beteiligung wurde durch die staatliche Hermes-Kreditversicherung abgesichert. Die staatliche KfW-IPEX-Bank beteiligte sich (später) ebenfalls mit einer Teilfinanzierung an diesem Projekt.

Foto: Transport La Oroya / Günther Keine

► Zum Beispiel Cerro Verde

In dieses – bereits seit dem 19. Jahrhundert bestehende - Kupferminenprojekt wurden in den letzten Jahren knapp 900 Millionen US-$ für die Ausweitung der Aktivitäten investiert. Auch an den hierfür bereitgestellten internationalen Krediten war die staatliche KfW-IPEX-Bank mit einem kleinen Beitrag (25 Millionen US-$) beteiligt.

Ergebnis: Schuldendienst...

Peru bekam die Entwicklungshilfe- und Bank-Kredite nicht in einheimischer Währung, sondern in US-Dollars und anderen „harten“ Währungen. Deshalb musste es seinen Schuldendienst (Zins- und Tilgungszahlungen) ebenfalls in diesen Währungen leisten. Viele durch Kredite finanzierte Projekte erwirtschafteten keine Devisen, deshalb ist Peru zur Finanzierung seiner Importe und des Schuldendienstes nach wie vor überwiegend auf den Export von meist unverarbeiteten Rohstoffen angewiesen. So erbrachten im Jahr 2003 die Minenwirtschaft 51,2%, Öl und Ölprodukte 7% und landwirtschaftliche Produkte 2,5% der Export-Einnahmen.

Der Export von verarbeiteten Produkten war für viele Länder des Südens nicht nur wegen technologischer Probleme und mangelnder industrieller Kapazität erschwert: Die Länder des Nordens erhoben – im Widerspruch zu ihrer Verteidigung des „Freien Weltmarkts“ - Zölle für diese Produkte, wenn sie in Konkurrenz zu einheimischen Produkten standen.

Die in den letzten Jahrzehnten – bis zur „Preiswende“ vor wenigen Jahren - sinkenden Weltmarkt-Preise für Perus mineralische und agrarische Rohstoffe waren ein wichtiger Grund für die zunehmenden Zahlungsprobleme des Landes, dies war auch durch verstärkte Exportbemühungen nicht auszugleichen. Die Nachfrage von Seiten der Länder des Nordens hatte durch Wirtschaftskrisen, den Ersatz von Metallen durch Kunststoffe und verbesserte Recycling-Verfahren nachgelassen. Gleichzeitig hatten auch andere überschuldete Länder des Südens versucht, durch den verstärkten Export von Rohstoffen ihre Zahlungsprobleme in den Griff zu bekommen. Das dadurch entstandene Überangebot auf dem Weltmarkt hatte die Preise weiter gedrückt. Viele Länder exportierten in dieser Zeit ihre Rohstoffe zu wirtschaftlich unsinnigen Niedrigpreisen, weil sie nur so Devisen erwirtschaften konnten. Bei mangelnder Zahlungsfähigkeit droht das Ausbleiben von Krediten, die für viele Länder nicht nur zur Bezahlung alter Schulden und notwendiger Importe, sondern auch zur Finanzierung ihrer Staatshaushalte unverzichtbar sind.

... und „Strukturanpassung“

So musste sich Peru wegen Zahlungsunfähigkeit bereits Mitte der 70er Jahre und seither immer wieder an den Internationalen Währungsfonds (IWF) wenden. Im IWF, der „Feuerwehr“ des Weltfinanzsystems, sind zwar die meisten Länder der Welt Mitglied, die Stimmrechte richten sich allerdings nach der Höhe der Einzahlung in den Fonds, die nach der Wirtschaftskraft des Mitglieds festgelegt wird. So haben dort die großen Gläubiger-Länder das Sagen, das drückt sich auch in der Politik des IWF aus.

Wenn sich ein Land wegen Zahlungsunfähigkeit und dadurch ausbleibenden Krediten von Banken und Regierungen an den IWF wendet, untersucht dieser die wirtschaftliche Situation des Landes und schlägt ein Strukturanpassungs-Programm vor. Ziel des IWF und deshalb auch dieser Auflagen ist die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit. Wenn sich das Land dann in einem „Letter of Intent“ (Absichtserklärung) zur Durchführung dieses Programms verpflichtet, bekommt es einen Kredit vom IWF – und danach auch wieder Kredite von Banken und Regierungen, die die Durchführung der IWF-Programme als Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit bewerten.

Zahlungsfähigkeit durch Rohstoff-Export

Die Strukturanpassungs-Programme verstärken also die Wirkung des Schuldendienst-Zwangs. Das Land muss seine gesamten wirtschaftlichen Anstrengungen darauf richten, wenig Schulden zu machen und ausreichend Devisen für die Bezahlung von Zins und Tilgung zu erwirtschaften. Dazu gehören u.a. die drastische Senkung der Staatsausgaben und der Ausbau des Rohstoff-Exports.

So sind die Pläne auch früherer peruanischer Regierungen zum forcierten Ausbau der Minenwirtschaft ohne Zweifel in diesem Zusammenhang zu sehen. Nicht nur das Wachstum der Wirtschaft, sondern gerade das der Export-Wirtschaft wurde im Zusammenhang mit Schulden-Verhandlungen zum Ziel erklärt.

So steht im „Letter of Intent“ der peruanischen Regierung vom 17. März 2003 an den IWF unter Punkt 7: „Das Zahlungsbilanz-Defizit soll (2003) auf der Basis kontinuierlicher Stärkung der traditionellen und nichttraditionellen Exporte unter 2% des Brutto-Inlandsprodukts gesenkt werden.“ Am 31. März 2003 verkündete der damalige Präsident Toledo den „Plan Estratégico Nacional Exportador“, im Rahmen dessen er bis 2006 die Exporte verdoppeln wollte.

Der IWF lobte in seinem Länder-Report von November 2003, Peru habe im Jahr 2002 zum ersten Mal seit 1990 einen Überschuss in seiner Handelsbilanz. Im Zentrum dieses Prozesses stünden u.a. einige in den letzten Jahren begonnene große Minen-Projekte.

Auf diesem Hintergrund sind auch die aktuellen Bemühungen der Regierung Alan Garcias zur Steigerung der Exporte des Landes zu sehen. Durch das Programm „Sierra Exportadora“ („Exportregion Hochland“) sollen auch in der Landwirtschaft des Hochlandes Möglichkeiten der Exportproduktion entdeckt und gefördert werden. So muss man sagen, die peruanische Regierung ist zum einen selbst von dieser Wirtschafts-Politik überzeugt, steht zum anderen aber auch unter hohem internationalem Druck von Seiten der Gläubiger und des IWF. Ein Abweichen von den gegenüber dem IWF eingegangenen Verpflichtungen wird rasch vermerkt und führt zu Drohungen bezüglich der „Versorgung“ des Landes mit Krediten.

Foto: Minera Yanacocha

Ein Beispiel: Als die peruanische Regierung im Juni 2002 angesichts massiver Proteste der Bevölkerung in Arequipa die Privatisierung von Energie-Unternehmen (ebenfalls Bestandteil der Strukturanpassung, siehe „Letter of Intent“ vom 18.01.02, Punkt 17) annullierte, hat wenige Wochen danach eine internationale Rating-Agentur die Bewertung der Kreditwürdigkeit Perus mit genau dieser Begründung negativ verändert (RPP-Noticias, 04.07.02)

Fazit

Die internationalen Kredite für die Investitionen der öffentlichen und privaten Bergbau-Unternehmen Perus haben zur Auslandsverschuldung des Landes beigetragen. Gleichzeitig ist der forcierte Abbau der Bodenschätze das Resultat dieser Verschuldung, die das Land zum Ausbau der Exportwirtschaft ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange zwingt. Unser Protest gegen die sozialen und umweltpolitischen Konsequenzen des Bergbaus in Peru muss sich also nicht nur gegen die Minen-Unternehmen selbst und die Politik der peruanischen Regierung richten, die das Vorgehen der Unternehmen schützt und fördert.

Wir müssen auch gegenüber der Bundesregierung eine Veränderung ihrer Kredit- und Schulden-Politik und der internationalen Wirtschaftspolitik im Interesse der Menschen in Peru und den Ländern des Südens fordern. Dabei ist es unerlässlich, gemeinsam mit den Bewegungen und Organisationen in Peru, die sich für die Rechte der betroffenen Bevölkerung und den Schutz der Umwelt in den Minen-Gebieten einsetzen, vorzugehen: Die Organisationen der Bergbaukampagne und viele solidarische Menschen und Gruppen arbeiten seit langem intensiv mit diesen Bewegungen und Organisationen zusammen, um die in Peru und bei uns notwendigen Veränderungen – im Bergbau sowie im Handels- und Schuldenbereich - durchzusetzen.

Berhard Jimi Merk, Informationsstelle Peru

„Das Leben hat Vorrang vor den Schulden“

Foto: Archiv Informationsstelle Peru

Soziale und Umweltkonflikte in Peru

Nach dem internen Krieg sucht Peru einen Weg zu einem sicheren Frieden. Der Bergbau verursacht soziale und Umweltkonflikte, deren Wurzel in den gesellschaftlichen Strukturen Perus liegen.

Nach einem 20-jährigen schweren internen Krieg hofft die peruanische Gesellschaft auf einen sicheren Frieden. Die Jahre zwischen 1980 und 2000 werden als die schlimmsten Jahre der peruanischen Republik bezeichnet. Die wichtigsten Kriegsparteien waren die terroristische Gruppe „Leuchtender Pfad“ und die Militärs. Der Fanatismus und die menschenverachtende Grausamkeit des „Leuchtenden Pfads“ richtete sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung.

Im Kampf gegen den Terrorismus begingen die Staatssicherheitskräfte massive und systematische Menschenrechtsverletzungen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Zahl der ermordeten Opfer dieses Krieges liegt bei 69.280. Darunter sind 12.027 „Verschwundene“. 75% der ermordeten oder verschwundenen Opfer hatten Quechua als Muttersprache, sie gehörten zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen Perus.

Mitten im Krieg entwickelten die Menschenrechtsorganisationen und andere Organisationen der sozialen Bewegung neue Möglichkeiten des Widerstandes und Alternativen für den Frieden und trugen so entscheidend zum Frieden bei. Die Solidaritätsarbeit auf internationaler Ebene hat diese Organisationen unterstützt und dadurch geholfen, ihre Ziele durchzusetzen. Peru beendete selbst den internen Krieg ohne Intervention von außen.

Die peruanische Gesellschaft ist immer noch mit der Aufarbeitung des internen Krieges beschäftigt. Im Jahr 2001 erreichten die Menschenrechtsorganisationen, dass der damalige Präsident Valentin Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission gründete. Im Jahr 2003 beendete die Kommission ihre Arbeit erfolgreich. Der Abschlussbericht liegt vor. Die Kommission empfiehlt in diesem Bericht die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der dafür verantwortlichen Personen, strukturelle Veränderungen, die die soziale Exklusion und die Armut der Mehrheit der PeruanerInnen beenden sollen.

Herausforderungen für den Frieden

Zur Zeit genießt Peru eine makroökonomische Stabilität. Das wirtschaftliche Wachstum des Landes liegt bei 5%, doppelt so hoch wie das durchschnittliche Wachstum in Lateinamerika. Doch die Mehrheit der PeruanerInnen (52%) lebt in Armut, etwa die Hälfte davon in extremer Armut.

Die Armut und die soziale Exklusion der Mehrheit sind zwei der größten strukturellen Probleme Perus. Soziale Exklusion bedeutet, dass Millionen von PeruanerInnen, insbesondere aus der im ländlichen Raum lebenden indigenen Bevölkerung, keinen Zugang zu Erwerbstätigkeit, Eigentum und Dienstleistungen, vor allem der Erziehung und Gesundheit, genießen. Sie haben keinen politischen Einfluss auf den Staatsapparat. So untergräbt die soziale Exklusion die Legitimität der politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen. Oft wird der Staat als Machtinstrument einzelner Eliten gesehen. Die repräsentative Demokratie wird als mangelhaft empfunden.

Armut und soziale Exklusion der PeruanerInnen einerseits und Reichtum und politische Konzentration einer Minderheit, ein Staatsapparat, der nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleich gerecht integriert, sind die Grundlage und das Szenario, in denen sich soziale und Umweltkonflikte entwickeln und stattfinden.

Die soziale Bewegung hat in Peru eine große und alte Tradition des Sich-Organisierens. Ihr vor allem verdanken sich wesentliche Veränderungen für mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit oder Modernisierung des Landes. Neue Gesetze zum Schutz der Menschenrechte, der Umwelt und bis zur Bekämpfung der Diktaturen sind durch die Proteste und Alternativvorschläge der Zivilgesellschaft (soziale Bewegung, NGOs, Kirchen) entstanden. Durch gewaltlosen Widerstand erreichte beispielsweise die Bevölkerung von Tambogrande (Piura), dass ein geplantes Bergbauprojekt gestoppt wurde.

Bergbau und die sozialen und Umweltkonflikte

Die durch den Bergbau verursachten Konflikte sind ein Prozess, der dann anfängt, wenn die Bevölkerung folgende Faktoren feststellt: Der Bergbau schränkt die Ausübung ihrer Rechte ein, durch ihn werden Umweltschäden verursacht, der Zugang zu den natürlichen Ressourcen wird eingeschränkt, die Bergbauunternehmen erfüllen ihre gesetzlichen Pflichten nicht. Bei einem großen Teil dieser Konflikte geht es um den Zugang zu Wasser. Von über 128 Mio. Hektar Landesfläche befinden sich 35,4 Mio. in Händen landwirtschaftlicher Betriebe. 12 Mio. Hektar waren im Jahr 2006 vom Bergbau beansprucht. 1991 waren es 4 Mio. Hektar.

In den letzten Jahren stieg die Anzahl und Heftigkeit dieser Konflikte. Viele Vertreter der sozialen Bewegung wurden ermordet. Staatliches und privates Eigentum wurde beschädigt. Investitionen im Bereich Bergbau wurden eingeschränkt. Cajamarca, Áncash, Piura, Junín, Tacna, Pasco, Moquegua, Puno, Apurímac und Cusco sind die von diesen Konflikten am meisten betroffenen Regionen. Das Ombudsmann-Büro Perus berichtet, dass es seit 2004 dreißig Fälle solcher sozialer Konflikte gegeben hat. 23 davon stehen im direkten Zusammenhang mit Bergbauprojekten. In Peru gibt es 5.017 indigene Bauerndorfgemeinschaften und 1.350 indigene Dorfgemeinschaften im Urwald, von denen 3.200 durch den Bergbau betroffen sind.

Für die Bevölkerung verhält sich die Regierung parteiisch zum Nutzen der Bergbauunternehmen. Für die Regierung ist der Bergbau kein Mittel, sondern ein Ziel an sich. Der Bergbau wird auf eine unverantwortliche Weise gefördert und wächst ohne Planung und ohne Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen. Es gibt keinen ausreichenden gesetzlichen Rahmen für die Beteiligung der Bevölkerung, um Einfluss auf diese Projekte nehmen zu können. Die Regierung setzt sich unzureichend gegen die negativen Folgen des Bergbaus ein.

Erst vor kurzem haben manche Bergbauunternehmen angefangen, sich über den Bergbau und nachhaltige Entwicklung Gedanken zu machen. So beschäftigt sich eine Initiative „Diálogo Minero“ mit den sozialen und Umweltaspekten des Bergbaus. Es entsteht jedoch der Eindruck, dass es dabei mehr um die Legitimation des Bergbaus als um die Umsetzung konkreter Maßnahmen geht.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Deutsche Außenpolitik fußt auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik miteinander verknüpft. Die Bundesregierung betrachtet die Krisenprävention als eine prioritäre Querschnittsaufgabe. Dabei will sie insbesondere ihre Instrumentarien zur Krisenprävention und Krisenreaktion ausbauen.

40 Kriege und bewaffnete Konflikte erschüttern viele Partnerländer Deutschlands. Der innerstaatliche Konflikt ist das dominierende Gewaltmuster unserer Zeit. Die Opfer sind zu 90% Zivilisten, viele von ihnen Frauen und Kinder. Es geht neben den militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt darum, zivile und präventive Ansätze um diese Konflikte auf Dauer friedlich zu lösen.

Im Mai 2004 erarbeitete die Bundesregierung einen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Im Juni 2005 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein übersektorales Konzept für Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erstellt. Bei diesem Konzept handelt sich um ein sektorübergreifendes Konzept, das ein EZ-Querschnittsthema behandelt. Es sollte strategisch geplant, in die Länderkonzepte eingebunden und gezielt eingesetzt werden. Das Papier enthält verbindliche entwicklungspolitische Vorgaben für die Planung, Durchführung und Steuerung der deutschen staatlichen EZ. Für die nicht-staatliche EZ dienen diese als Anregung und Orientierungshilfe. Keines der genannten Dokumente setzt sich allerdings mit den Begriffen Demonstration, ziviler Ungehorsam und Proteste als Bürgerrechte auseinander.

Ziviler Friedensdienst als Instrument der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Ein besonderes Instrument der deutschen EZ bei der Personalentsendung ist der 1999 auf Initiative zivilgesellschaftlicher Organisationen gegründete Zivile Friedensdienst (ZFD). Er ist ein Gemeinschaftswerk staatlicher und nichtstaatlicher Träger der Entwicklungs- und Friedensarbeit zur Verhinderung gewaltsamer Konflikte und Stärkung lokaler Friedenspotenziale. In Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen soll der ZFD gewaltlose Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung nutzen und stärken. Dabei stehen eine Einflussnahme vor Ausbruch von Gewalt und die Konfliktnachsorge im Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Spektrum reicht von der Suche nach friedlichen und gerechten Lösungen für den Zugang zu Ressourcen, der Lobbyarbeit zur Reduzierung und Kontrollen von Kleinwaffen, dem Engagement für eine multiethnische Zusammenarbeit, der Reintegration von Flüchtlingen bis hin zur Menschenrechtsarbeit und zu Beiträgen zu Versöhnungs- und Dialogprozessen u.a.m.

Die Gründung und die Arbeit des ZFD ist ein Schritt zu einer zivilen Alternativlösung von Gewaltkonflikten und Kriegen. Damit setzte die Bundesregierung weitere regionale Schwerpunkte ihrer Präventionspolitik in Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Südosteuropa.

1999 hat der ZFD mit acht Friedensfachkräften (DED, EED) die Arbeit in Peru aufgenommen. Die Schwerpunkte waren: Psychologische Betreuung von Gewaltopfern, Förderung traditioneller Schlichtungsinstanzen, Ausbildung von Friedenspromotor/innen, Stärkung lokaler Rechtssicherheit.

Die Rolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Peru

Nach dem BMZ-Länderkonzept Peru 2006 „besitzt der Bergbau als wichtigster Devisenbringer erhebliches Entwicklungspotenzial. Gleichwohl sind immer noch deutliche Schwachpunkte in der Umsetzung festzustellen: Die ökologischen Auswirkungen des Bergbaus werden nicht ausreichend kontrolliert. Die Mittel des Canon Minero fließen wegen komplizierter Antragsverfahren und mangelnder Kompetenz bei zuständigen Lokalregierungen nur langsam ab. Vor diesem Hintergrund kommt es bei Investitionsvorhaben im Bergbau immer wieder zu Konflikten zwischen staatlichen Stellen, Minenkonzernen und der lokalen Bevölkerung.“ Über Konfliktlösung wird in diesem Dokument erklärt, dass „im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes die EZ bei der Mediation in sozialen Konflikten mitarbeitet, die sich zwischen Dorfgemeinschaften der Holzwirtschaft, Ölgesellschaften oder Bergebauunternehmen entwickeln“. Schwerpunktübergreifendes Thema des Politikdialogs sind die Konflikte um Bergbauprojekte sowie bei der Förderung und dem Transport von Erdgas. Der Zivile Friedensdienst sollte vermehrt bei Umweltkonflikten eingesetzt werden und das ist ein wichtiges Ziel der deutschen Kooperation für die Jahre 2006-2010.

Prävention von Gewaltkonflikten in Peru

Die Konflikte gehören zum sozialen Leben einer Gesellschaft. Sie können zu einer Stärkung der Demokratie beitragen. Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams sind Bürger-

rechte. Proteste können gewalttätig werden. Das Problem sind nicht die Konflikte als solche, sondern die Art und Weise ihrer Austragung. Ziel muss es daher sein, Gewalt als Austragungsform von Konflikten zu verhindern bzw. zu überwinden. Dazu gehört die wichtige Frage, ob es bei der Prävention von Gewaltkonflikten darum geht, eine demokratische Lösung für das Problem zu finden oder nur darum, den Konflikt durch repressive Maßnahmen zu unterdrücken.

In Peru ist es oft der Fall, dass die Bergbauunternehmen fordern, dass der Staat seine Staatsgewalt dazu ausübt, die Konflikte zu unterdrücken. Oft werden friedliche Protestaktionen als Bedrohung der Sicherheitslage eingestuft. Einschüchterung und Kriminalisierung sind oft Mittel, um Proteste zu unterdrücken. Menschenrechtler von GRUFIDES wie z.B. Padre Marco Arana, Mirtha Vásquez und Patricia Rojas sind z.Zt. Opfer von systematischen Verfolgungen. In Piura wurden die Bischöfe, die sich für die Rechte der vom Bergbau betroffenen Bevölkerung einsetzten, als Terroristen kriminalisiert.

Strategien und Akteure

Gewalt ist für die Bevölkerung oft ein Ausdruck von Wut. Wenn die Menschen aggressiver werden, hängt das mit dem Gefühl der Machtlosigkeit zusammen. Das liegt auch in der Verantwortung der Politik. Die Anwendung von Gewalt ist jedoch in keinem Fall gerechtfertigt.

In Peru sollte der Staat in den Konflikten unparteiisch handeln. Seine Rolle soll die eines Mediators sein aus der Perspektive der Leute, die unter sozialer Exklusion leiden. Die Menschen können nicht als Mittel wirtschaftlicher Zwecke gesehen werden. Der Schutz der Menschen und ihrer Rechte soll die Konfliktpolitik des peruanischen Staates bestimmen.

Eine präventive Politik der Gewaltvermeidung muss bei den Konfliktursachen ansetzen, also z.B. an einer krisenhaften Zuspitzung der Bergbau-Situation. NGOs wie GRUFIDES, FEDEPAZ und das bischöfliche Sekretariat für soziale Themen/CEAS haben eine große Erfahrung in der Prävention von Gewaltkonflikten und haben in vielen Fällen die Gewalteskalation gestoppt. Sie handeln oft als Mediatoren und sind durch das Vertrauen der vom Bergbau betroffenen Bevölkerung legitimiert.

Die deutsche EZ muss mit den peruanischen NGOs und der sozialen Bewegung bei der Prävention von Gewaltkonflikten zusammenarbeiten. Um effektiv dagegen zu arbeiten, müssen folgende Fragen berücksichtigt werden: Welche Rolle spielen wirtschaftliche Strukturen wie die Verteilung des Reichtums und der Zugang zu Ressourcen? Ist der Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten oder Demokratie letztlich für innergesellschaftliche Konflikte verantwortlich? Welches sind die entscheidenden Konfliktmechanismen? Wer heute in Peru Gewaltkonflikten vorbeugt und sie konstruktiv bearbeiten will, muss diese Fragen beantworten können.

Die meisten Friedenskräfte sind sich der schwierigen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zwar bewusst, haben aber selten Einwirkungsmöglichkeiten darauf. Der ZFD kann nur erfolgreich sein, wenn er sich immer auch seiner Grenzen und Beschränkungen bewusst ist. Der ZFD kann, wie auch die Entwicklungspolitik, einiges tun, aber nicht eigenständig und allein seine Ziele erreichen.

Internationale Rahmenbedingungen prägen stark die zentralen Faktoren der Gewalt und der Gewaltvermeidung. Deshalb hängen der Handlungsspielraum und die Erfolgsmöglichkeiten der Friedenspolitik und des ZFD gerade von ihnen ab. Die Akteure des ZFD sollen ihre Expertise in höherem Maße in Europa nutzbar machen. Um intensiver auf die friedenspolitischen Rahmenbedingungen einwirken zu können, soll eine verstärkte Medien- und Lobbyarbeit in Europa gemacht werden. Es ist dringlich, verstärkt auf die Politik in Europa (und den USA) in diesem Sinne Einfluss auszuüben.

Elena Muguruza, Informationsstelle Peru

Demonstration gegen Bergbauprojekt Rio Blanco

Foto: Ilona Plichart

Außerordentlicher Bericht des Büros des peruanischen Ombudsmanns über soziale und Umweltkonflikte durch den Abbau von Rohstoffen

Dieser Bericht entstand im Auftrag des peruanischen Parlaments (Kongresses)

Empfehlungen an den Staat:

1. Schaffung einer unabhängigen Umweltbehörde mit politischer Verantwortung sowie technischen und finanziellen Ressourcen. Integration (Zusammenstellung und Systematisierung) sowie Verbesserung der grundlegenden Umweltgesetzgebung (Standards der Umweltqualität und maximal zulässige Grenzwerte).

2. Verbesserung des staatlichen Umweltmanagements und Einbeziehung in das Regelwerk der sozialen Fragen. Schaffung formaler und für die Bevölkerung einfach zugänglicher Beschwerdemechanismen. Stärkung der staatlichen Organe, die mit der sozialen sowie umwelt- und gesundheitsbezogenen Evaluierung und Haushaltsaufstellung befasst sind. Entwicklung weiterer Konfliktpräventionsfähigkeiten auf allen Ebenen staatlichen Handelns, Schaffung einer Konfliktpräventionseinheit in der Regierung.

3. Förderung der Bürgerbeteiligungsgesetze und Volksbefragungen über die Optimierung des Zugangs zu Umweltinformationen. Arbeit mit dem Ziel, dass die Bevölkerung Umweltverträglichkeitsstudien versteht und kritisch evaluiert. Staatliche Förderung der Bürgerbeteiligung beim Umweltmonitoring.

4. Stärkere Effektivität bei der Nutzung des Canon Minero sowie weiterer Abgaben. Schaffung effektiver Mechanismen zur Einbeziehung der Bevölkerung bei der Verteilung dieser Abgaben. Stärkung der Investitionsfähigkeiten der lokalen und regionalen Verwaltungen.

5. Stärkung der technischen Kapazitäten der Regional- und Lokalverwaltungen hinsichtlich ihrer Aufgaben im Umweltbereich, Verbesserung der Koordination dieser Verwaltungen mit der Zentralregierung.

Demonstration in Cajamarca
Foto: Archiv Informationsstelle Peru

Vorschläge an die Unternehmen:

1. Gewissenhafte Erfüllung der Umwelt- und Sozialverpflichtungen, die sich aus den Vorschriften zu den Instrumenten des Umweltschutzes und der Selbstregelung ergeben.

2. Verpflichtung von Dialog und Transparenz während der gesamten Projektdauer. Zentrale Bedeutung der Sozialcharta des Unternehmens für das gesamte Personal und seine Vertragspartner. Vorrang der Aufgabenerfüllung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Gemeinden.

3. Vermeidung von konfrontativen Äußerungen, die die Forderungen der sozialen Bewegung oder ihre wichtigsten VertreterInnen desavouieren.

4. Aufzeichnung von Übereinkünften und Erfüllung von Versprechen und Nachverfolgung von Beschwerden der Bevölkerung.

5. Stärkung der Entwicklung von Fähigkeiten zur Bürgerbeteiligung und Überwachung des Umwelt- und Sozialmanagements.

6. Unterstützung bei weiteren wirtschaftlichen Aktivitäten und Produktivitätsimpulsen. Berücksichtigung des Index der menschlichen Entwicklung in den Gemeinden, weitere Beiträge zur Gemeinwesenentwicklung.

Vorschläge an die Bevölkerung und die zivilgesellschaftlichen Organisationen:

1. Vorrang des Dialogs und der verantwortlichen und transparenten Beteiligung an formalen und informellen Dialogen.

2. Stärkere Anstrengungen der Bevölkerung und der LeiterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Nichtregierungsorganisationen, der Medien und der politischen Parteien zur Vermeidung der Polarisierung und der Gewaltanwendung.

3. Verantwortliches Handeln im Rahmen der vom Staat zur Verfügung gestellten Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

4. Erfüllung der sozialen und Umweltverpflichtungen.

April 2007 *Übersetzung: Michael A. Schrick*

Weitere Informationen:
http://www.defensoria.gob.pe
Der gesamte Bericht ist nachzulesen unter:
http://www.staepa-cajamarca.de/tickermeldung.php?id=8503

Bergwerk Majaz bedroht Ökosysteme und Menschenrechte in Nord-Peru

Die Region Piura im Norden Perus wird durch zwei fragile Ökosysteme gekennzeichnet: Die Nebelwälder und die Paramos. Sie sind eine ganzjährige Wasserquelle für die Einzugsgebiete in Richtung Atlantik wie Richtung Pazifik. Einige Flüsse fließen in den Amazonas. Land- und Viehwirtschaft sind die wichtigsten Einnahmequellen der BäuerInnen in der Region, die bekannt ist für die vielen Früchte für den nationalen Markt und Biokaffee für den Export.

Die dortigen Provinzen Ayabaca und Huancabamba, beide im Grenzgebiet zu Ecuador gelegen, werden von einem umstrittenen Minenabbauprojekt bedroht. Wenn die englische Firma Monterrico Metals ihr Vorhaben umsetzt und der Kupfertagebau Majaz in Betrieb genommen wird, werden die Öksysteme und die Lebensweise der Bauerngemeinschaften gefährdet. Deswegen widersetzen sich die BäuerInnen, Menschenrechts- und Umweltgruppen sowie die Kirche in der Region den Bergbauplänen. Sie fürchten um ihre fruchtbaren Böden, das Wasser und die Ökosysteme. Kritiker des Projekts organisierten 2004 und 2005 mehrere friedliche Protestmärsche, die von etlichen tausend Polizisten mit Gewalt empfangen wurden.

Das Verhalten von Monterrico Metals wie auch der peruanischen Behörden lässt in mehreren Situationen den Schluss zu, dass ökonomischen Interessen im Zweifelsfall der Vorrang gegenüber den Rechten der lokalen Bevölkerung gegeben wird. Der Konflikt ist heftig. Die Region steht seit über einem Jahr unter steter Aufsicht von Sondertruppen der Nationalpolizei.

Die Aufmerksamkeit einer belgischen Aktivistengruppe führte einen der Aktivisten, Nicanor Alvarado Carrasco, 2006 im Rahmen einer internationalen Kampagne nach Belgien, England, Deutschland, Spanien und in die Niederlande. Trotz des internationalen Rückhalts sieht Nicanor Alvarado sein Leben bedroht, nachdem am 2. Februar 2007 auf ihn geschossen, er aber zum Glück nicht getroffen wurde. Bis jetzt gab es in dem Konflikt um den Bergbau mehrere Tote und über 200 Gerichtsverfahren. Mehrere Aktivisten wurden mit Diffamierungen konfrontiert und überwacht.

Seit Monaten wartet die Bevölkerung auf die Umweltverträglichkeitsstudie für das Majazprojekt, die allerdings im Auftrag der Firma erstellt wird. In den vergangenen zehn Jahren hat das zuständige Minenministerium jede Umweltstudie bewilligt, egal wie einseitig die Auswertungen waren oder ob Ansagen zur Information oder Partizipation der lokalen Bevölkerung völlig vernachlässigt wurden.

Als Folge einer internationalen Kampagne besuchte eine unabhängige Delegation mit Wissenschaftlern im Auftrag der britischen NRO Peru Support Group die Region Piura im Oktober 2006. In ihrem Bericht kritisiert die Delegation das Verhalten von Monterrico Metals. Monterrico Metals verletzte mehrere nationale und internationale Verträge und Gesetze. Die Gemeinschaften wurden nicht über das Projekt informiert, der Sozialmanager des Unternehmens soll selbst handgreiflich geworden sein. Überdies bestätigt der Bericht der Delegation, dass die Anwesenheit von Monterrico Metals illegal ist. Die Bauerngemeinschaften, comunidades campesinas, sind autonome Gemeinschaften und das peruanische Gesetz besagt, dass diese selbst über ihren Boden verfügen dürfen. Für Erlaubnisse für Explorationarbeiten sind die Vollversammlungen der Gemeinschaften zu befragen, während Monterrico Metals einzelnen Dorfautoritäten die Unterschriften abschwatzte.

„Wenn du da bleibst, gefährdest du den Frieden“
Foto: Ilona Plichart

Majaz ist ein emblematischer Fall. Dieser Konflikt wird die Zukunft des Bergbaus in der nördlichen Region Perus und damit die Zukunft vieler Bauerngemeinschaften bestimmen. Monterrico Metals besitzt mehrere Konzessionen in der Region und strebt nach der Entwicklung eines Bergbaubezirks. Zur Zeit wird im benachbarten Departement Cajamarca gleichfalls über neue Bergwerke verhandelt, ohne dass die BäuerInnen gefragt werden.

Alle Hoffnung in Huancabamba und Ayabaca richtet sich jetzt auf eine Volksbefragung. Das peruanische Gesetz sowie internationale Verträge schreiben vor, dass neue Entwicklungs- bzw. Bergbauprojekte die Zustimmung der Bauerngemeinschaften benötigen, was von Monterrico Metals und dem peruanischen Staat bis jetzt übersehen wurde. Daher werden die lokalen Organisationen die Volksbefragung jetzt selbst organisieren. Die ‘Consulta Popular’ wird Mitte August 2007 stattfinden. Bis jetzt haben sechs lokale Bürgermeister versichert, dass ihre Distrikte an die Volksbefragung teilnehmen werden. Der peruanische Präsident Alan Garcia hat allerdings bereits geäußert, dass das Ergebnis der Volksbefragung keinerlei Einfluss haben werde. Von einem Präsidenten, der gleich nach seinem Amtsantritt im letzten Jahr die versprochenen Vertragsrevisionen mit Bergbauunternehmen sowie eine erhöhte Gewinnsteuer vergaß, hätte man kaum etwas anderes erwarten können.

Ilona Plichart, CATAPA

Die staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den ländlichen Regionen Perus: Welche Art von Entwicklung wird gefördert?

Die Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind mit Bergbauprojekten konfrontiert. Das bedeutet eine Herausforderung für die Konzeption dieser Projekte. Wenn die deutsche EZ mit ihren Zielen kohärent bleiben will, muss sie auf diese Herausforderung antworten.

Viele Jahrhunderte war Peru ein landwirtschaftlich geprägtes Land. In den ländlichen Gebieten Perus entwickelten sich große Zivilisationen. Für diese Zivilisationen war die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig. Die Mehrheit ihrer Bevölkerung hatte damals ein menschenwürdiges Leben.

Immer noch wird der ländliche Raum Perus durch kulturelle, ökologische und wirtschaftliche Vielfalt gekennzeichnet. Aber auch die Armut bzw. die Degradierung der natürlichen Ressourcen, die niedrige Produktivität sowie soziale Exklusion sind ein Merkmal dieser Regionen. Bis 1972 lebten 41% der peruanischen Bevölkerung in ländlichen Gebieten, im Jahr 2006 waren es noch 27%. Die wirtschaftlichen Aktivitäten in ländlichen Gebieten umfassen neben der Landwirtschaft die Agroindustrie, das Kunsthandwerk und den Tourismus.

Es gibt ländliche Regionen, in denen es durch eine erfolgreiche Landwirtschaft weniger Armut gibt. Ein anderer Faktor ist die Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen in diesen Regionen. Sie verfügen über ein hohes unausgeschöpftes Entwicklungspotenzial. Wie kann man die Probleme lösen und wie können Fähigkeiten und Möglichkeiten der ländlichen Regionen gestärkt werden?

Die staatliche deutsche EZ in ländlichen Regionen Perus

Seit Jahrzehnten arbeitet die staatliche deutsche EZ in ländlichen Regionen. Die Arbeit begann 1960 mit großen Infrastrukturprojekten in der Küstenregion wie dem Bewässerungsprojekt Tinajones sowie Projekten technologischer Entwicklung. Danach arbeitete die deutsche EZ in der Entwicklung von Dienstleistungen in ländlichen Gebieten, im Schutz von Naturreservaten und ebenso in institutioneller Entwicklung, um diese Gebiete besser schützen zu können.

Ergebnis der letzten Regierungsverhandlungen war die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie für die ländliche Entwicklung zwischen der deutschen EZ und den dafür verantwortlichen Institutionen des peruanischen Staats.

So ist ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen EZ in Peru die nachhaltige ländliche Entwicklung einschließlich des Schutzes und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Die KfW finanziert Infrastrukturprojekte des Straßenbaus und der Bewässerung. Ebenso geht es um die Einführung von Naturreservaten. Die GTZ bietet technische Beratung und institutionelle Entwicklung an. InWEnt bildet peruanische Fachkräfte und LeiterInnen von Organisationen aus. Der DED arbeitet in der spezialisierten Beratung durch Fachkräfte, wie z.B. im Zivilen Friedensdienst.

Im Schwerpunkt nachhaltige ländliche Entwicklung werden im Länderkonzept Peru 2006 des BMZ folgende Arbeitslinien genannt: Ressourcenschutz, Management von Schutzgebieten, Pufferzonen und Wassereinzugsgebieten, Raumplanung / Raumordnung und Katastrophenrisikomanagement, Politikberatung und institutionelle Entwicklung, nachhaltige Wertschöpfung aus natürlichen Ressourcen: Produktion, Vermarktung und Agrarexporte, nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, einschließlich der Schutzgebiete, Pufferzonen und Wassereinzugsgebiete.

Nach dem Länderkonzept Peru 2006 des BMZ „sollte im Rahmen dieser gemeinsamen Strategie die weitere Politik auf die Beseitigung von Engpässen der produktiven Infrastruktur in ausgewählten Gebieten des ländlichen Raums mit produktivem Potenzial sowie auf nachhaltige Nutzung bzw. den Schutz der natürlichen Ressourcen zielen."

Investitionen der deutschen EZ in der Region Piura

Prioritär für die deutsche EZ sind die ländlichen Gebiete mit produktivem Potential. Eins dieser Gebiete ist der Nordwesten Perus. Dazu gehört Piura als eine der wichtigsten Regionen für die deutsche EZ, in der seit Jahrzehnten EntwicklungshelferInnen arbeiten. Die Region Piura hat eine große Vielfalt an Flora und Fauna, wie z.B. die so genannten Trockenwälder im San-Lorenzo-Tal oder die Nebelwälder bei Huancabamba und Ayabaca, Gebiete mit besonderen Bedingungen für die Landwirtschaft, da es sich um die tropischen Anden handelt.

„Boden-Schätze" aus Peru
Fotos: Susanne Friess

In Piura wird durch kleine und mittlere Produzenten erfolgreich Landwirtschaft betrieben. Das San-Lorenzo-Tal ist ein Nahrungsspeicher Perus. Die Bauern haben Zugang zu nationalen und internationalen Märkten und eine lange Tradition des Sich-Organisierens. Die Armut dieser Region ist verhältnismäßig niedrig. Doch es gibt immer noch Probleme, die eine nachhaltige Entwickung verhindern.

Piura ist eine Region mit großem Entwickungspotenzial. Wenn Piura bei seiner nachhaltigen Entwicklung unterstützt würde, hätte das eine multiplikatorischen Effekt für andere Regionen Perus.

Auch für die Hilfswerke wie MISEREOR, Brot für die Welt, EED und Welthungerhilfe ist Piura eine wichtige Region. Diese Organisationen arbeiten vor allem in der ländlichen Entwicklung in Projekten der nachhaltigen Landwirtschaft bzw. der ökologischen Landwirtschaft. Im Unterschied zur EZ ist bei ihnen jedoch ein zentraler Arbeitsschwerpunkt die Stärkung der sozialen Bewegungen bei der Verteidigung ihrer Rechte und der Umweltschutz. Sie arbeiten auch zu Themen wie Demokratisierung, Dezentralisierung etc.

Der Bergbau und die ländliche Entwicklung

Für manche ländliche Regionen könnte ein umwelt- und sozialverträglich gestalteter Bergbau ein Mittel zur Förderung lokaler Entwicklung werden. Doch die Erfahrung zeigt, dass die vom Bergbau betroffenen Ortschaften unter mehr Armut leiden als vor Beginn der Projekte. Die Umwelt wird durch die Bergbauprojekte zerstört. Die Verursacher der Altlasten übernehmen keine Verantwortung dafür, so dass extreme Schäden zurück bleiben.

Wenn die deutsche EZ ihre Ziele des Schwerpunkts nachhaltige ländliche Entwicklung für die von Bergbau betroffenen Ortschaften erreichen möchte, muss sie sich fragen: Welche sind unerlässliche Bedingungen, um in Peru zu einem nachhaltigen Bergbau zu gelangen? Wie lassen sich ihre Ziele mit der Suche nach einem nachhaltigen Bergbau in den betroffenen Ortschaften vereinbaren?

Drei wichtige Ziele sind in diesem Zusammenhang: Katastrophenrisikomanagement, Information und Bewusstseinsarbeit zum Thema Umwelt und die Stärkung der indigenen Dorfgemeinschaften.

Der Bergbau verursacht große Umwelt- und Gesundheitsschäden bei den Bewohnern der betroffenen Regionen. Das Katastrophenrisikomanagement ist ein zentrales Ziel der deutschen EZ in Peru. Damit möchte sie die Fähigkeiten der Bevölkerung stärken, um ihre Anfälligkeiten zu Risiken natürlicher oder durch Menschen verursachter Katastrophen zu mindern. Durch neue Verhaltensweisen der Bevölkerung oder soziale und wirtschaftliche Gruppen sollen die Risiken vermindert oder ganz beseitigt werden. Die deutsche EZ möchte die Wurzeln der Katastrophen beheben. Das soll durch die Teilnahme der Bevölkerung erreicht werden.

Foto: Frank Esche

Die deutsche EZ hat in Bergbauprojekte investiert (s. Seite 20ff.). Deshalb muss sie sich auch um die Einhaltung von Umweltstandards bemühen, wenn sie den Zielen ihrer Arbeit treu bleiben will. Außerdem ist Deutschland einer der wichtigsten Mineralverbraucher dieser Welt. Insofern trägt Deutschland eine Mitverantwortung für die Ausbeutung der Mineralien.

Eine andere Herausforderung für die deutsche EZ in der ländlichen Entwicklung ist das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Bergbau.

Die Region Piura, in der erfolgreich Landwirtschaft betrieben wird, wird von neuen Bergbauprojekten bedroht. In Tambogrande erreichte die Bevölkerung, dass ein Bergbauprojekt zum Goldabbau gestoppt wurde. Doch in Huancabamba und Ayabaca läuft ein Prozess zur Genehmigung eines großes Projekts des Kupferabbaus (s. Seite 27).

Die Bauern der Region Piura haben sich seit langem für die Landwirtschaft als Mittel zur nachhaltigen Entwicklung entschieden, mit Hilfe alternativer Landwirtschaft. Die industrielle Weiterverarbeitung ihrer Produkte hilft ihnen bei der Steigerung ihrer Einkommen. Die Landwirtschaft wird zum eigenen Konsum und als Einkommensquelle betrieben. Das geschieht durch den Verkauf der Produkte auf nationalen Märkten und durch den Export.

Die Mehrheit der Bauern der Region lehnt jedes Bergbauprojekt ab. Die Landbevölkerung ist der Meinung, dass sich bei ihr Landwirtschaft und Bergbau nicht vereinbaren lassen. In diesem Zusammenhang muss sich die deutsche EZ folgende Fragen stellen: Welche Art von Entwicklung möchte die deutsche EZ in Piura fördern? Welche Bedeutung würden die neuen Bergbauprojekte in der Region Piura für ihre Ziele haben?

Bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen geht es darum, dass die ländliche Bevölkerung soziale und wirtschaftliche Vorteile durch das Ökosystem erhält. Durch marktorientierte Aktivitäten soll die Bevölkerung ihre Einkommen nachhaltig erhöhen, zugleich aber auch einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Ressourcen leisten. Die deutsche EZ möchte zum Beispiel Technologien der ökologischen Landwirtschaft fördern, weil sie eine Quelle für bessere Einkommen der Bevölkerung sind und zum Schutz der Biodiversität sowie der Qualität und Quantität des Wassers und der Luft beitragen.

Zur Förderung des produktiven Potenzials und zum Schutz der natürlichen Ressourcen wird im BMZ-Länderkonzept

Peru betont, dass „ein wirksamer Schutz nur gewährleistet werden kann, wenn die ländliche Bevölkerung das produktive Potential dazu nutzen kann, dass die Spirale aus Degradierung der Böden und Migration durchbrochen wird. Zunehmend soll dabei auch die Verknüpfung von Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Dienstleistungsorganisationen und der öffentlichen Verwaltung im ländlichen Raum gefördert werden". Damit fördert die deutsche EZ nachhaltige und gerechte wirtschaftliche Initiativen. Das Ziel ist, dass die Produkte der Kleinbauern mehr Gewinn erzielen, um sie konkurrenzfähiger für die nationalen und internationalen Märkte zu machen.

Eine andere Arbeitslinie des Schwerpunkts nachhaltige ländliche Entwicklung ist das nachhaltige Management von Wassereinzugsgebieten. Wasser ist eine der wichtigsten Ressourcen für die Bevölkerung der ländlichen Gebiete und muss geschützt und sinnvoll verwaltet werden.

Alle vorher genannten Ziele werden von der deutschen EZ in der Region Piura vertreten, die von Bergbauprojekten bedroht wird. Für die Bio-Kaffee-Produzenten in Ayabaca und Huancabamba bedeutet das Bergbauprojekt Rio Blanco eine Bedrohung der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer natürlichen Ressourcen und der nachhaltigen Erhöhung ihrer Einkommen. Fair gehandelter und biologischer Kaffee ist ein sehr konkurrenzfähiges Produkt und eine sehr gute Einkommensquelle. Dadurch verbessern die Bauern stetig ihre Lebensgrundlage. Die Kaffeeproduzenten sind überzeugt, dass das Bergbauprojekt ihren Zugang zum Wasser einschränken wird. In ihrer Region befinden sich die Nebelwälder, die die Wasserquelle für die Flüsse des peruanischen Nordens bilden, und die Wasserscheide zwischen Pazifik und Amazonas.

Schlussfolgerungen

► Dank der Interventionen der Bergbaukampagne in Deutschland hat das Bergbauthema im BMZ an Bedeutung gewonnen. Es besteht großes Interesse, sich informiert zu halten. Dieser Prozess wird von der Kampagne weiterhin gefördert.

► Die deutsche EZ muss sich mit dem Verhältnis zwischen Bergbau und Landwirtschaft auseinandersetzen, wobei die Meinung der betroffenen Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen muss. Zu erarbeitende Studien sollen die möglichen Folgen von Bergbauprojekten für die Landwirtschaft deutlich machen. Hierdurch kann die deutsche EZ Raumplanung und Raumordnung fördern, um landwirtschaftliche Gebiete und Naturreservate zu schützen, und damit ihre eigenen Arbeitslinien im ländlichen Raum wirkungsvoll umsetzen.

► Eine weitere Aufgabe für die deutsche EZ wäre die Einflussnahme auf die peruanische Regierung, damit diese die Rechte der Bevölkerung respektiert und damit den Rahmen schafft für die Umsetzung der o.a. Ziele der deutschen EZ.

► Da Misereor und Caritas sich seit langem mit dem Thema Bergbau beschäftigen, sind sie als Referenzorganisationen für die deutsche EZ zu betrachten. Die Kampagne »Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt«, in der beide Organisationen und viele andere mitarbeiten, wird die deutsche Politik und Öffentlichkeit weiterhin über Menschenrechtsverletzungen und Umweltsünden im Zusammenhang mit dem Bergbau informieren und die Partnergruppen in Peru unterstützen.

► Das Erfahrungswissen der Menschen im ländlichen Raum stellt einen Schatz dar. Integrale Projekte und Programme sollten die Fähigkeiten der ländlichen Bevölkerung und ihre Organisationen stärken. Die zahlreichen und vielfältigen von NGOs geförderten Projekte der ländlichen Entwicklung können Modelle sein für neue Programme und Projekte.

► Bei allen Entwicklungsprojekten ist die Zivilgesellschaft zu beteiligen.

► Ziel der deutschen EZ muss die Veränderung externer und interner Rahmenbedingungen sein, die für die Entwicklung der ländlichen Gebiete notwendig sind.

Elena Muguruza, Informationsstelle Peru

Foto: Frank Esche

Baden-württembergischer PÍDECAFÉ als Zeichen der Hoffnung

(EM) Der Pídecafé ist ein biologischer und fair gehandelter Kaffee. Er gehört zu den Arabica-Sorten von besonderer Qualität, weil er über 1.000 m Höhe wächst. Er wird per Hand geerntet und zählt zu den Gourmet-Sorten. Der Kaffee wird in Ayabaca und Huancabamba produziert. Diese Region wird von einem Bergbauprojekt bedroht.

Das Projekt begann 1991 mit Beratung zum Anbau und zur technischen Entwicklung. 1994 kam der erste Container nach Deutschland mit neun Tonnen Kaffee.

Möglichkeiten zum eigenen Engagement

Die Kampagne »Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt«

Angesichts der sich ausweitenden Probleme um den Bergbau in Peru beschlossen im Herbst 2003 verschiedene deutsche Gruppen, die in der Solidaritätsarbeit mit Peru aktiv sind, eine (unbefristete) Kampagne zum Bergbau in Peru zu starten.

In der Kampagne geht es darum, die deutsche Öffentlichkeit über die Situation in den vom Bergbau betroffenen Gebieten in Peru zu informieren und unsere peruanischen Partnerorganisationen bei ihrer Arbeit mit den Betroffenen zu unterstützen. Von deutscher Seite sind an der Kampagne beteiligt 16 überwiegend kirchlich orientierte Partnerschaftsgruppen, Caritas international, Misereor, Kolping, die (Erz-)Diözesen Mainz und Bamberg, die Städtepartnerschaft Berlin Treptow-Köpenick – Cajamarca, die Eine-Welt-Gruppe UNSOLOMUNDO Heidelberg, die Informationsstelle Peru sowie die deutsche Sektion der bergbaukritischen Nichtregierungsorganisation FIAN international. Unsere peruanischen Partner haben sich im Netzwerk Red »Muqui« zusammengeschlossen. In diesem Kapitel werden die beteiligten deutschen und peruanischen Gruppen wie auch weitere Gruppen in Europa noch vorgestellt.

Im Verlauf der Arbeit unserer Kampagne konnten wir mehrere Delegationen mit BesucherInnen aus Peru begrüßen, darunter Erzbischof Pedro Barreto aus Huancayo (der für La Oroya zuständigen Erzdiözese), Eva Boyle, die Leiterin der Diaconía in Piura und den Menschenrechtspreisträger Padre Marco Arana von GRUFIDES. Bei jeweils mehreren Veranstaltungen auf den Katholikentagen in Ulm 2004 und Saarbrücken 2006 konnten wir die TeilnehmerInnen der Treffen über die Situation des Bergbaus in Peru informieren. Dazu kamen weitere Konferenzen und Seminare und ein dreimonatiges Praktikum, das Patricia Rojas von GRUFIDES im Jahr 2005 zum Thema „Behandlung bergbaubetroffener Böden und Wässer“ in Deutschland absolvieren konnte.

Alle peruanischen BesucherInnen haben Rundreisen zu lokalen Unterstützergruppen gemacht und in dezentralen Veranstaltungen über die Situation in Peru berichtet, was in vielen Fällen weitere lokale Aktivitäten wie Ausstellungen, Spendenaktionen usw. zur Folge hatte. Bei mehreren Treffen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung (u.a. Ministerin Wieczorek-Zeul) und mit weiteren politischen EntscheidungsträgerInnen hatten die peruanischen Gäste Gelegenheit, die Situation in Peru ausführlich darzustellen und um Unterstützung zu werben. In den Ministerien in Berlin und Bonn und in der Deutschen Botschaft in Lima werden die Argumente der Kampagne mittlerweile ernst genommen. MitarbeiterInnen der Kampagne »Bergwerk Peru« waren auch daran beteiligt, dass eine Delegation des Deutschen Bundestags im April 2007 in Cajamarca die Gelegenheit hatte, sich vor Ort ausführlich über die Bergbauproblematik und die sozialen und Umweltprobleme zu informieren.

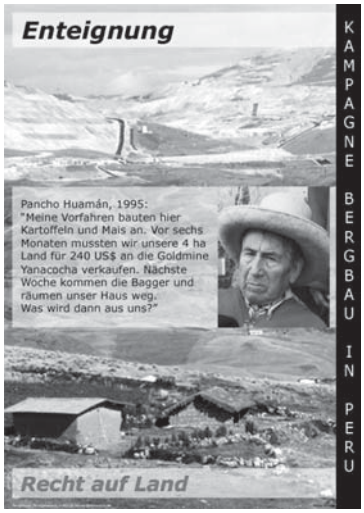
Von der Kampagne »Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt« wurden als Informationsmaterial u.a. eine Plakatausstellung und eine erste Broschüre erstellt (siehe Medienliste am Ende dieser Broschüre).

Michael A. Schrick

2005 waren es mehr als 20.000 Tonnen. Der Marktpreis des Kaffees ist 60 US-$ pro Sack. Die Kaffeebauern in Ayabaca und Huancabamba bekommen durch Pídecafé einen Preis von 126 US-$ pro Sack.

Das Kilo Pídecafé in Deutschland kostet 14 Euro, das bedeutet einen Umsatz im Jahr 2005 in Höhe von 280.000 Euro. Die Kaffeebauern verkaufen nur 25% ihrer Kaffeeproduktion an den fairen Handel. Zur Zeit kommt nur ein Prozent des gesamten Kaffeeverbrauchs in Deutschland aus dem fairen Handel. Der Markt für biologischen und fair gehandelten Kaffee in Deutschland wächst stetig. Die Kaffeebauern sind Klein- und Kleinstproduzenten. Es sind 6.300 Familien, die sich in zahlreichen kleinen Genossenschaften organisiert haben. CENFROCAFE (2.800 Familien) und CEPICAFE (3.500 Familien) sind die Zusammenschlüsse dieser Genossenschaften.

Beide haben nur durch den Export von Kaffee einen Umsatz von ungefähr 5 Mio. Dollar jährlich. Außer Deutschland sind andere Exportziele USA, Belgien, Holland, Frankreich und Kanada. Der Pídecafé wird in den zahlreichen Weltläden Baden-Württembergs verkauft. Er ist ein erfolgreiches Produkt und ermöglicht politische Arbeit wie z.B. Umweltbewusstseinsarbeit. Da die Nachfrage nach Bio- und fair gehandeltem Kaffee steigt, entstehen auch in Deutschland neue, gerechtere Arbeitsplätze.



Trägergruppen der Kampagne

Kirchliche Partnerschaftsgruppen zur Diözese Cajamarca

In Deutschland gibt es derzeit 14 kirchliche Gruppen, die mit ähnlichen Gruppen in der Diözese Cajamarca, meistens Pfarreien, eine Partnerschaft pflegen. Sie entstanden alle auf Anregung von Bischof José Dammert Bellido (1962 – 92 in Cajamarca).

Seit etwa 10 Jahren arbeiten diese Partnerschaftsgruppen enger zusammen, führen gemeinsam Aktionen durch und sprechen die Grundzüge ihrer Zusammenarbeit miteinander ab. Bei ihrem Jahrestreffen 2003 in Ulm regten die Delegierten dieser Gruppen die Gründung einer bundesweiten Bergbaukampagne an.

Die kirchlichen Gruppen finden sich u.a. in Herzogenaurach, Dortmund, Ulm, Tettnang, Freiburg, Herzogenrath usw.

Kontakt zu allen Gruppen über Hans Meister in Herzogenaurach: *gh.meister@herzovision.de*
Hans Meister

Misereor (Aachen)

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor wurde vor 50 Jahren von der deutschen Bischofskonferenz als Institution zur Entwicklungszusammenarbeit gegründet. Die Zielsetzungen von Misereor sind die Förderung der Selbsthilfe, der Kampf gegen Armut und Ausbeutung sowie auch die Stärkung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die von Misereor geförderten Bereiche sind:

- Nachhaltige ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, das Recht auf Land
- Nachhaltige städtische Entwicklung und Förderung der Verhandlungskapazitäten der Bevölkerung zur Verteidigung ihrer Rechte
- Umwelt- und Ressourcenschutz (u. a. Bergbauproblematik)
- Verteidigung der Menschenrechte
- Förderung der Demokratie und der Bürgerbeteiligung

Die Mittel für die Förderung der Entwicklungsprogramme stammen aus der Kollekte der Fastenaktion, von freiwilligen Spendern, aus Mitteln der Regierung sowie aus kirchlichen Haushaltsmitteln.

Weitere Informationen: *http://www.misereor.de*
Kontakt: *josi@misereor.de*

In Peru unterhält Misereor seit zwei Jahren eine Dialog- und Verbindungsstelle. Die Leiterin, Susanne Friess, unterstützt vor Ort die Bemühungen der Partnerorganisationen von Misereor im Bereich Bergbau zur Verteidigung der Menschenrechte, Aufklärung, juristische Beratung & Verteidigung der betroffenen Bevölkerung sowie Vernetzung der Akteure und politische Lobbyarbeit.
Kontakt: *Susanne Friess, Dialog- und Verbindungsstelle Misereor in Lima, misereor@gmail.com*
Juan Josi / Susanne Friess

caritas international (Freiburg)

Caritas international unterstützt die in ihrer Existenz bedrohte Bevölkerung in den Bergbaugebieten. In Zusammenarbeit mit der peruanischen Umweltschutzinitiative Red Muqui sollen sozial- und umweltverträgliche Lösungen gefunden und friedliche Auswege mit Beteiligung der betroffenen Bevölkerung entwickelt werden.

Das Netzwerk unterstützt die Betroffenen bei ihren Aufklärungskampagnen und im Kampf um Mitspracherechte. Ziel ist, Einfluss auf Unternehmen und den Gesetzgeber zu nehmen, um voraussehbare Schäden für Mensch und Umwelt abzuwenden oder zu vermindern. Der wachsende Einfluss der landesweit vernetzten Gruppen, die gezielt Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sowie sozialpolitische Anwaltschaft für die Betroffenen leisten, hat die breite Öffentlichkeit in Peru sensibilisiert und die bisherige Praxis von Politik und Konzernen ernsthaft in Frage gestellt.

Weitere Informationen: *http://www.caritas-international.de/10460.html*
Kontakt*: rainer.lucht@caritas.de*
caritas international

FIAN Deutschland (Köln)

FIAN wurde 1986 als internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren gegründet. Die Verletzungen des Rechts auf Nahrung sind zahlreich: Kleinbauernfamilien werden für Exportplantagen von ihrem Land verdrängt oder verlieren ihr Land durch Großprojekte wie große Tagebauminen, oftmals ohne jede Entschädigung. Deshalb engagiert sich FIAN in der Kampagne Bergwerk Peru. Andere Schwerpunktländer in der FIAN-Arbeit zu Bergbau sind Ghana und Indien.

FIAN bringt Verletzungen des Rechts auf Nahrung in die Öffentlichkeit und vor die Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen und wendet sich an die verantwortlichen Regierungen und Unternehmen. Am wichtigsten sind die konkreten Aktionen der FIAN-Mitglieder: regelmäßige Protestschreiben im Fall akuter Menschenrechtsverletzungen, Unterstützung bundes- und weltweiter Kampagnen sowie die kontinuierliche Fallarbeit der lokalen Gruppen. Heute sind bei FIAN in Deutschland mehr als 2.400 Menschen engagiert. Weltweit hat FIAN Mitglieder in über 60 Ländern in allen Kontinenten.

Weitere Informationen: *www.fian.de*
Kontakt: *u.hausmann@fian.de*
Ute Hausmann

Informationsstelle Peru (Freiburg)

Die Arbeit der Infostelle Peru wird geleistet von der Geschäftsstelle in Freiburg (in Teilzeit) sowie dem ehrenamtlichen Engagement von Vorstand und Mitgliedern. Seit 30 Jahren macht die Infostelle Solidaritäts-, Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit und für Peru – natürlich haben sich die Schwerpunkte immer wieder geändert. Schwerpunktthemen sind derzeit:

- Entschuldung (Erlass der z.T. illegitimen Auslandsschulden Perus, Gegenwertfonds mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung für soziale Projekte)
- Menschenrechtsarbeit (Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission etc.)
- Bergbaukampagne (»Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt«)
- AG Freiwilligendienste – Puente al Peru (Möglichkeiten für den anderen Dienst im Ausland und Praktika: www.puente-al-peru.de)
- Nachhaltige Entwicklung im peruanischen Regenwald (Möglichkeiten im Rahmen des Klima-Bündnisses, Unterstützung indigener Organisationen etc.)

Weitere Informationen: *http://www.infostelle-peru.de*
Kontakt: *merk@infostelle-peru.de*
Michael A. Schrick

AG Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick – Cajamarca (Berlin)

Als Kernpunkte des im Mai 1998 auf der Basis der Lokalen Agenda 21 geschlossenen Partnerschaftsabkommens verpflichten sich die Vertragspartner zur Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Umwelt, Bildung und Ausbildung, Kultur und Tourismus, Wirtschaft, Soziales. Gemeinsame Projekte sind u.a. der Austausch von je zwei ökologisch orientierten Kindergärten in den Partnerstädten und seit Anfang 2006 ein intensiver Kontakt zweier weiterführender Schulen in Cajamarca und Treptow-Köpenick.
Nicht nur wegen der Nähe von Cajamarca zur größten Goldmine Lateinamerikas, Yanacocha, beteiligt sich auch die AG Stäpa an der Kampagne «Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt».

Weitere Infos zu den Aktivitäten der AG Stäpa: *http://www.staepa-cajamarca.de*
Aktuelle Nachrichten aus Peru, insbesondere zum Thema Bergbau: *http://www.staepa-cajamarca.de/ticker_uebersicht.php?id=7*
Kontakt zur AG Städtepartnerschaft: *info@staepa-cajamarca.de*

Eine Welt Gruppe Heidelberg

Unsere Mitglieder kommen aus Heidelberger Kirchengemeinden und wollen Entwicklung und Frieden in der Einen Welt fördern. Neben unserem Interesse an Verbindungen zu Menschen aus Entwicklungsländern beschäftigen wir uns engagiert und kritisch z. B. mit der Situation in Israel und Palästina sowie der Asylpolitik und dem Umgang mit den Menschenrechten in Deutschland.
Seit einigen Jahren pflegt UNSOLOMUNDO die Partnerschaft zu der Pfarrei des Dorfes Checacupe (Sicuani) in den Hochanden von Peru. Partnerschaft in einem ganzheitlichen Verständnis meint ein wechselseitiges Geschehen in den Dimensionen von Spiritualität, Kommunikation und Solidarität und strebt eine geistige und praktische Horizonterweiterung an: es geht nicht in erster Linie um „den Armen“ auf der anderen Seite, sondern um die Erfahrung eines geschwisterlichen Austausches auf beiden Seiten.

Weitere Informationen: *http://www.sepn.de/bonifatius/gemeindeleben/index.htm*
Kontakt: *M.E. Lüttmann, meluettmann@arcor.de*

Weitere Kooperationspartner im Bereich Menschenrechte

Peru-Koordination von amnesty international Deutschland (Bochum)

Im Rahmen von Vision und Mission von amnesty international (ai) und in Zusammenarbeit mit dem für Peru zuständigen Research- und Campaign-Team des Internationalen Sekretariates ist es unsere Aufgabe als Peru-Koordinationsgruppe der deutschen ai-Sektion, in Deutschland (in Zusammenarbeit mit den Regionalverantwortlichen) die Peru-Aktionen von amnesty international zu planen und zu koordinieren und für Anfragen zur ai-Peru-Arbeit zur Verfügung zu stehen.

Aktuelle Schwerpunkte der Peru-Strategie von amnesty international sind die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (insbesondere elementarer Rechte im Gesundheitsbereich) sowie der Einsatz für die Aufarbeitung der Vergangenheit und für peruanische Menschenrechtsverteidiger, die in vielen Fällen Opfer von Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen werden.

Ansprechpartner für alle Fragen: *Martin Lievenbrück (Gruppensprecher), kogruppe@ai-peru.de*

Peru Support Group (London, Großbritannien)

Die Peru Support Group (PSG) wurde 1983 als unabhängige Organisation fernab von Parteibindungen oder politischer Fixierung gegründet. Ihr Ziel ist die Unterstützung der peruanischen Bevölkerung, insbesondere der ärmsten Sektoren.

Ziele der PSG:
- Wachsende öffentliche Wahrnehmung Perus in Großbritannien
- Förderung von Solidaritätsaktionen mit der peruanischen Bevölkerung, insbesondere im Menschenrechtsbereich
- Vernetzung von Basisgruppen

Aktivitäten:
- Herstellung von Publikationen, Basisinfos und Unterrichtsmaterial zu Schlüsselfragen Perus
- Organisation von Workshops, Konferenzen und Treffen
- Arbeit mit britischen ParlamentarierInnen zu peruanischen Kernthemen wie Menschrechtsverstößen und Schuldenerlass
- Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien über Peru

Weitere Informationen: *http://www.perusupportgroup.org.uk/*
PSG / Übersetzung: Michael A. Schrick

Catapa (Gent / Antwerpen, Belgien)

Catapa (Comité Academico Técnico de Asesoramiento a Pro-blemas Ambientales) ist eine junge belgische Organisation. Sie wurde 2005 gegründet, nachdem einige junge belgische Erwachsene in Bolivien und in Peru in lokalen Organisationen arbeiteten, die die Bauern im Kampf gegen Transnationale Bergbaubetriebe unterstützen. Seit 2005 nimmt Catapa das Thema Bergbau in Peru und Bolivien in Belgien auf. Fokuspunkte sind die Bergwerke Majaz (Peru) und Korri Kollo und Korri Chaka (Bolivien). Neben Sensibilisierung beschäftigt Catapa sich mit Lobbyarbeit auf belgischen und europäischen Niveau und betreut junge Erwachsene (23+), die in Peru oder Bolivien als Freiwillige in den Partnerorganisationen arbeiten. 2006 koordinierte Catapa den Besuch eines peruanischen Bauernführers in Europa.

Weitere Informationen: *http://www.catapa.be*
Kontakt: *info@catapa.be*
Ilona Plichart

Justice et Paix (Brüssel, Belgien)

Auch in Belgien kämpft die mit der belgischen Bischofskonferenz verbundene französischsprachige Organisation Justice et Paix in der Nachfolge des Evangeliums für eine Aufteilung des Reichtums und ein gerechteres Verhältnis zwischen den Menschen. Wir beschäftigen uns u.a. mit den Problemen der Entwicklung, der Gerechtigkeit und des Friedens in Lateinamerika, mit einem speziellen Blick auf Peru, Mexiko und Kolumbien. Unsere wichtigsten derzeitigen Themen sind die Fragen des Kampfes gegen Straflosigkeit und dieVersöhnungsprozesse sowie die Verbindung zwischen Handel und Menschenrechten z.B. die Übereinkünfte zwischen der Europäischen Union und Mexiko. Dies schließt auch eine Beschäftigung mit dem Bergbau in Peru ein.

Weitere Informationen: *http://www.justicepaix.be/*
Kontakt: *info@justicepaix.be*
Justice et Paix (Übersetzung: Gisela Trentmann-Schrick)

Solidaritätsgruppe Schweiz - Peru / Grupo de solidaridad Suiza

Die Solidaritätsgruppe Schweiz – Peru besteht aus einem kleinen Kreis von Engagierten mit einer jahrelangen Lebenserfahrung in Peru, der punktuell auf ein größeres Netzwerk von Mitgliedern zurückgreifen kann. Eine dieser punktuellen Großaktionen war das Europäisch-peruanische Solidaritätstreffen im Juli 2004 in Appenzell (Schweiz).

In den Jahren 2004 bis 2006 stand im Zentrum unserer Arbeit die Diffusion der Arbeit der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, sowie die die Umsetzung ihrer Empfehlungen. Als Medium wurde eine Wanderausstellung erarbeitet, die von lokalen Gruppen an vielen Orten der Schweiz gezeigt wurde. Aktuell beschäftigen wir uns als neuer Schwerpunkt mit der Problematik der Minen in Peru, mit Hauptaugenmerk Gold, deren größter Umschlagplatz die Schweiz ist.

Kontakt: *Bernhard Lindner, bernhard.lindner@ag.kath.ch, Telefon 0041 – 62 – 871 11 42*
Jules Rampini, rampinista@gmx.ch, Telefon 0041 – 41 – 978 00 01
Bernhard Lindner

Latin America Solidarity Centre (Dublin, Irland)

Beteiligt sich zusammen mit FIAN, Oxfam America und Earthwork an der Kampagne “No Dirty Gold”.

Informationen zur Kampagne: *http://www.lasc.ie/activities/campaigns/lasc-campaigns/dirtygold.html*
Kontakt: info@lasc.ie

Weitere europäische Institutionen und Gruppen

- Broederlijk delen (Brüssel): *http://www.broederlijkdelen.be/* **Email**: *info@broderlijkdelen.de*
- Entraide et fraternité (Brüssel): http://www.entraide.be/ **Email:** *entraide@entraide.be*
- Plataforma Europa – Perú (London, Brüssel): **Email:** *annalee@csw.org.uk, koen.warmenbol@11.be*

Unsere Partnergruppen und weitere Initiativen in Peru

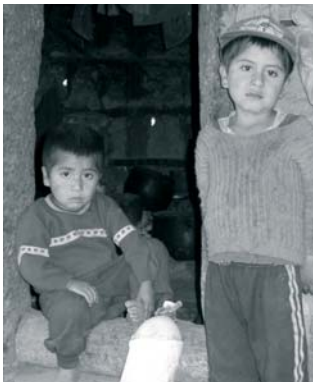
Red Muqui (Lima)

Das Netzwerk (Red) Muqui ist ein Zusammenschluss verschiedener peruanischen Organisationen auf nationaler und auf Gemeindeebene. Diese Organisationen arbeiten für eine nachhaltige Entwicklung, für den Umweltschutz und für die Ausübung und den Schutz der Rechte der Bevölkerung, die in von Bergbau-Projekten betroffenen Gebieten lebt.

Die Mitglieder von Red Muqui sind:

1. **Asociación Civil Labor -** *http://www.labor.org.pe/*
2. **Asociación Marianista de Acción Social (Trujillo)**
3. **Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH) -** *http://www.aprodeh.org.pe/*
4. **Centro Pastoral de la Diócesis de Chulucanas**
5. **Centro Peruano de Estudios Sociales (CEPES) -** *http://www.cepes.org.pe*
6. **Comisión Prelatural de Pastoral Social de la Prelatura de Huamachuco (COPREPAS)**
7. **Comisión Episcopal de Acción Social (CEAS) -** *http://www.ceas.org.pe/* (siehe unten)
8. **Comité Parroquial de Derechos Humanos de La Oroya (MOSAO)**
9. **Coordinadora Nacional de Derechos Humanos (CNDH) -** *http://www.dhperu.org/*
10. **Cooperacción, Acción Solidaria para el Desarrollo -** *http://www.cooperaccion.org.pe/*
11. **Diaconía para la Justicia y la Paz del Arzobispado de Piura y Tumbes**
12. **Fundación Ecuménica para el Desarrollo y la Paz (FEDEPAZ) - http://www.fedepaz.org/** (siehe unten)
13. **Grupo Amigo**
14. **Grupo de Formación y Intervención para el Desarrollo Sostenible (GRUFIDES) -** *http://www.grufides.org*
15. **Grupo para la Promoción del Desarrollo de los Andes**
16. **Grupo Propuesta Ciudadana**
17. **Pastoral Social del Vicariato Apostólico San Francisco Javier - Jaén / Vicaría del Medio Ambiente -** *http://radiomaranon.org.pe/vima-pag/*
18. **Pastoral de Dignidad Humana de la Arquidiócesis de Huancayo (PASDIH)**
19. **Red Uniendo Manos contra la Pobreza**

Informationen: *http://www.muqui.org*
Kontakt: *muqui@muqui.org*
Red Muqui



Comisión Episcopal de Acción Social (CEAS)

Die 1965 gegründete Kommission für soziale Fragen der peruanischen Bischofskonferenz (CEAS) kümmert sich um die Beratung, Förderung und Koordination der Sozialarbeit auf nationaler Ebene. Sie arbeitet für die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie, der Entwicklung und den Frieden in Peru. Mitarbeit im nationalen Entschuldungsbündnis Jubileo Péru.

Weitere Informationen: *http://www.ceas.org.pe/*
Kontakt: *ceasperu@ceas.org.pe*

GRUFIDES (Cajamarca)

Nichtregierungsorganisation in Cajamarca, die die indigenen Dorfgemeinschaften rechtlich und politisch in ihrem Bemühen um eine saubere Umwelt und die Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt.

Pater Marco Arana, der langjährige Vorsitzende von GRUFIDES, hat im Dezember 2004 den Nationalen Peruanischen Menschenrechtspreis „Ángel Escobar Jurado" erhalten. Seit Beginn seiner Arbeit in den Dorfgemeinschaften unterstützt er ihre Anliegen und ist mehrfach als Vermittler in Konflikten in Erscheinung getreten, z.B. im Konflikt um den Berg Quilish. Die Goldmine Yanacocha versucht mit allen Mitteln (häufig auch unterhalb der Gürtellinie), ihn daran zu hindern.

Informationen: *http://www.grufides.org/*
Blogspot mit tagesaktuellen Nachrichten: *http://grufidesinfo.blogspot.com/*
Kontakt: *info@grufides.org*
Michael A. Schrick

FEDEPAZ — Fundación Ecuménica para el desarrollo y la paz

(Ökumenische Stiftung Entwicklung und Frieden)

FEDEPAZ wurde 1993 von einer Gruppe christlicher Experten mit dem Ziel gegründet, eine Verpflichtung zur Verteidigung des Lebens, der Menschenrechte und der Solidarität mit denjenigen einzugehen, die am meisten leiden. Aus ökumenischer Perspektive vertritt FEDEPAZ die fundamentalen Werte für die peruanische Gesellschaft wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Kampf gegen die Diskriminierung, menschliche Entwicklung und zukunftsfähige Entwicklung. Das schließt auch die Beschäftigung mit den Folgen der bewaffneten Gewalt und die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission ein.
Mit unserer Arbeit wenden wir uns in erster Linie an die verletzlichsten Teile der Bevölkerung (bäuerliche und indigene Gemeinschaften, von extraktiven Industrien betroffene Bevölkerung, Opfer von Folter und Umsiedlung, unschuldige, des Terrorismus angeklagte Gefangene, MigrantInnen usw.) und an die Verantwortlichen, die ihnen am nächsten sind.Um ein besseres Effizienzniveau zu erreichen, hat FEDEPAZ eine Politik von Netzwerken und Allianzen auf nationalem und internationalem Niveau eingeführt.

Informationen: *http://www.fedepaz.org/*
Kontakt: *fedepaz@terra.com.pe*
FEDEPAZ / Übersetzung: Michael A. Schrick

Weitere Gruppen in Peru

- Asociación para la Defensa Ambiental de Cajamarca (ECOVIDA [Cajamarca]): Schwesterorganisation von Grufides
  Informationen: *http://www.ecovida.org/* **Kontakt:** *info@ecovida.org* oder über Grufides (s.o.).
- Confederación Nacional de Comunidades del Perú Afectadas por la Minería (Nationaler Verband peruanischer vom Bergbau betroffener Gemeinden, CONACAMI, Schwerpunktthema: Majaz / Huancabamba)
  Informationen: *http://www.conacami.org/index.php*

Kirchliche Arbeit und Minenproblematik

Immer häufiger tauchen im politischen und sozialen Spektrum die Bergbaukonflikte auf. Bewahrung der Umwelt, wirtschaftliches Wachstum und Gesundheit der Bevölkerung in der Nähe der Lagerstätten sind Themen, die ins Zentrum der Debatte gerückt sind. Hinzu kommt ein weiteres Thema, das an öffentlicher Aufmerksamkeit gewinnt: die Beteiligung der Kirche an Umweltschutz und Begleitung der betroffenen Bevölkerung. Dieser Bericht von SIGNOS versucht das Thema anzugehen am Beispiel des pastoralen Zeugnisses dreier Priester in verschiedenen Regionen Perus, die in der Frage besonders engagiert sind: Padre Francisco Muguiro, Padre Marco Arana und Erzbischof Pedro Barreto.

Oft wird gesagt, dass Peru ein ausgesprochenes Bergbauland ist, und das stimmt. Der Bergbau trägt ungefähr 6% zum Bruttonationalprodukt bei, schafft 50% der Devisen aus Exporterlösen und stellt 15% der Auslandsinvestitionen. Trotzdem gehören in den Bergbaugebieten 88% der Bevölkerung zur Schicht der Armen oder extrem Armen; so nach Daten von CooperAcción.

Einige arme Familien haben im Bergbausektor Arbeit gefunden, aber sehr viel mehr sind, ohne dort zu arbeiten, vom Bergbau auf die eine oder andere Weise betroffen. Er hat seine Auswirkungen nicht nur auf Umwelt und Gesundheit, sondern auch auf Lebensweise und Gebräuche in den angrenzenden örtlichen Bevölkerungsgruppen. Die verzweifelte Suche nach Investitionen zeigte in vielen Fällen, in denen Konflikte entstanden, einen abwesenden Staat, zu schwach gegenüber der Nichterfüllung von Verträgen; einseitig werden die Interessen der Minenunternehmen begünstigt und über das Wohl der Bevölkerung gestellt. Angesichts dieses vom Staat im Stich gelassenen Volkes hat die Kirche (oder einige ihrer Vertreter) in den Minengebieten die Rolle eines Verteidigers der Rechte der Vergessenen übernommen.

Cajamarca: Friede mit Gott, mit den Menschen auf der Erde und mit der Schöpfung

Padre Marco Arana ist in Zeiten des Konfliktes bei den Medien ein viel gefragter Mann. Doch hatten wir kürzlich Gelegenheit, für das Radioprogramm von SIGNOS mit ihm über seine tägliche Arbeit in Cajamarca und deren Anfänge zu sprechen. „Ich begann meine Arbeit als Priester in einer Landgemeinde, der Pfarrei Cristo Ramos in Porcón, als es in der Gegend noch keine Bergbauaktivität gab. Meine Haupttätigkeit lag im Bereich der sakramentalen Versorgung und entsprechender Arbeit für Kinder, Frauen und Männer auf dem Land. Dort kamen dann bald die ersten Sorgen auf. Die Campesinos kamen zur Pfarrei und erklärten uns, wie sie genötigt wurden, ihre Ländereien zu verkaufen, oder wie die ersten Explorationsarbeiten für die (Gold-)Mine fremdartige Substanzen auf ihren Feldern hinterließen, ohne dass sie dafür eine Erlaubnis erteilt hatten. Nach und nach erweiterten sich die üblichen pastoralen Aufgaben; es kam hinzu die Sorge um Gesundheit, Menschenrechte und schließlich die ökologischen Themen. Später arbeitete ich in der Hochschulgemeinde (in Cajamarca); da die Campesinos aber um meine Arbeit und meine Besorgnis wussten, traten sie auch dort an mich heran, immer mit der Bitte um Unterstützung, häufig nachdem sie bei den weltlichen Autoritäten angeklopft hatten, ohne bei irgendjemand Gehör zu finden.“

Er berichtet weiter, wie die herkömmliche pastorale Arbeit und die Umweltthemen aufeinander zukamen. „Bei der letzten Diözesanversammlung, im März 2006, führte die gemeinsame Sorge aller Pfarreien dazu, dass die Schaffung der Kommission für Umweltpastoral beantragt wurde; durch sie wollen wir den Weg zu einer auch theologischen Bearbeitung der Thematik gehen, aber vor allem zur pastoralen Begleitung der Leute in ihren Nöten. Als Kirche werden wir uns immer mehr bewusst, dass - woran auch Papst Johannes Paul II. erinnerte - es darum geht, in Frieden mit Gott, in Frieden mit den Männern und Frauen auf der Erde, und auch in Frieden mit der Schöpfung zu leben. Denn dies ist eine Aufgabe, die sich immer mehr aufdrängt und hoffentlich ein Grund zur Hoffnung wird für alle Armen unseres Landes, konkret auch in der Diözese Cajamarca.“

Sorge um ein gesundes Mantaro-Tal

Es ist gerade zwei Jahre her, dass Msgr. Pedro Barreto zum Erzbischof von Huancayo ernannt wurde. Zu seiner Diözese gehört auch La Oroya, eine Stadt, die seit fast hundert Jahren vom Bergbau in der Umgebung lebt (Kupfer u.a.). Die Mehrheit

SIGNOS

Das Monatsblatt SIGNOS (Lima) wird herausgegeben vom Instituto Bartolomé des Las Casas und dem Verlag CEP. Der hier wiedergegebene Artikel erschien in Nr. 7, Oktober 2006. Die Übersetzung besorgte Günther Keine. – Der Bericht würdigt (als Beispiel für viele andere) das Engagement dreier Geistlicher, das zugleich (in der Rechtspresse, in konservativ-kirchlichen Kreisen, bei Politikern und bei den Minenunternehmen samt ihren Hörigen) heftig umstritten ist – bis hin zu handfesten Bedrohungen in der jüngsten Zeit. Es ist bis heute keineswegs selbstverständlich, dass Sorge um Umwelt und Soziales als integraler Bestandteil kirchlicher Arbeit anerkannt wird.

der Bewohner arbeitet in dem Hüttenwerk, das verschiedene Mineralien aufbereitet. Der Bergbau und die Verhüttung ist zum Lebensunterhalt der Bevölkerung geworden, aber (durch die toxischen Abgase und Ablagerungen) zugleich zur größten Bedrohung für ihre Gesundheit und die des Mantaro-Tals.

In einer ersten Bilanz seiner Arbeit in der Region berichtet uns Erzbischof Barreto: „Ich bin sehr ermutigt, zufrieden und zuversichtlich, denn trotz der Umweltprobleme, die die Minentätigkeit mit sich bringt - ich nenne nur die festen Rückstände (u.a. Schwermetalle), die flüssigen Substanzen und auch die Agrochemie im Mantaro-Tal, die große wirtschaftliche und soziale Schäden in der Region angerichtet haben - möchte ich doch in aller Demut anerkennen, dass Gott uns beisteht, und dass er der Region Junin hilft, aus einem Schlaf zu erwachen. Wir sind dabei, eine neue Entwicklung in der Beziehung zum Staat, den Minenunternehmen und mit der Zivilgesellschaft einzuleiten. Gewiss gibt es dabei gelegentlich Schwierigkeiten und mancherlei Unverständnis, aber wir kommen voran."

Im selben Interview mit SIGNOS-Radio nimmt er Stellung zur Beziehung zwischen Ökologie und Arbeit der Kirche. „Ich befinde mich ganz in Übereinstimmung mit der Lehre der Kirche, wenn ich betone, dass der Schutz der Umwelt eine Herausforderung für die ganze Menschheit darstellt. Das wurde bereits beim Umwelt-Gipfel in Rio de Janeiro von 1992 gesagt, ein Jahr nachdem auch Papst Johannes Paul II. diese Besorgnis um die Umwelt hervorgehoben hatte. Das Leitwort des Gipfels von 1992 war: „Retten wir die Erde". Ich glaube, dass die gegenwärtigen Generationen tatsächlich eine schwerwiegende Verantwortung für die künftigen haben."

In allgemeiner Form spricht er die Herausforderung der Kirche von Huancayo nach innen und nach außen an und sagt: „Eine erste dringende Aufgabe im Bistum habe ich in einem Hirtenbrief im vergangenen März angesprochen: nämlich mehr Gemeinschaft und Beteiligung innerhalb der Kirche zu schaffen. Kirche sind wir alle, und alle müssen wir uns aktiv beteiligen an ihrer Sendung. Die Aufgabe der Kirche nach außen besteht in der Unterstützung der Zivilgesellschaft, damit sie ihr Geschick selbst in die Hand nehmen kann, und das heißt in diesem Fall: die Wiederherstellung eines gesunden Mantarotals."

Jaén: Schutz der Wasserläufe

Seit 60 Jahren tragen Jesuitenpatres die Verantwortung für das Apostolische Vikariat (quasi Bistum) Jaén. Es umfasst Jaén, San Ignacio, einige Distrikte von Bagua und alle Distrikte von Condorcanqui, einer zum Urwaldgebiet gehörenden Provinz zwischen Rio Chiriaco und Rio Santiago. Dort arbeitet Padre Francisco Muguiro, in dessen Worten man gleich seine Hauptsorge erkennt: „Seit 6 Jahrzehnten sind wir hier und haben viel geschafft, aber es hätte noch viel mehr geschehen können. Viel ist getan worden für die Hinführung zum Glauben, die Leute sind gut angeleitet. Aber der Staat war abwesend, und auch Nichtregierungsorganisationen gab es nicht. So stellten sich der Kirche zusätzliche Aufgaben: Angesichts der Gesundheitssituation gibt es in unserem Bistum ein Pastoralamt für Gesundheit, für die Menschenrechtsprobleme ein Solidaritätsvikariat und für die Umweltprobleme ein Umweltvikariat."

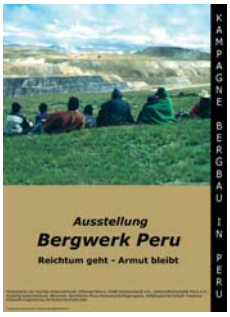
Zum Umweltthema nimmt er folgendermaßen Stellung: „Dieses Gebiet ist in Umweltfragen sehr geschlagen. Zuerst kam die Wanderlandwirtschaft, dann drangen mit Macht die Holzfäller-Unternehmen ein; sie haben eine Menge Holz weggeschafft, aber nicht wieder aufgeforstet. Da es sich um Feuchtwälder handelte, ist mit deren Verschwinden auch das Wasser verschwunden. Schließlich kamen die Bergbauunternehmen. Aber nicht an jedem beliebigen Ort ist Bergbau mit den gleichen Mitteln möglich. An bestimmten Stellen trifft er auf äußerst fragile Ökosysteme; da stellt eine Mine in Tagebauweise eine Gefahr dar. Wenn die Menschen das hier nicht wollen und sich an uns wenden, müssen wir sie unterstützen; und wir müssen darum kämpfen, dass die selben Standards ökologischer Kontrolle eingehalten werden, wie sie heute weltweit gefordert sind. Ein besonderes Problem für uns ist, dass, auch wenn die eigentliche Mine im Gebiet von Piura liegt, die Gewässer doch ihr Gefälle in Richtung San Ignacio haben und weiter zum Rio Marañón und damit zum Amazonasbecken fließen. Dieses aber ist nicht irgendein Becken, sondern das der Welt. Deshalb sind wir hier so sensibel und glauben, dass hier eine Gefahr besteht, die sehr genau untersucht werden muss."

Maria José Castro

Foto: Archiv Informationsstelle Peru

Bergwerk Peru: Reichtum geht – Armut bleibt
► Ein Leseheft zur Informationskampagne Mai 2004
Bezug: Informationsstelle Peru
Postfach 1014, 79010 Freiburg
merk@infostelle-peru.de
Kostenbeitrag: 2 € + Versandkosten

Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt
► Ausstellung - 10 laminierte Plakate
Die Ausstellung kann entliehen werden bei:
DIN A 2: Michael Schrick (info@staepa-cajamarca.de)
DIN A 1: Hans Meister (gh.meister@herzovision.de)

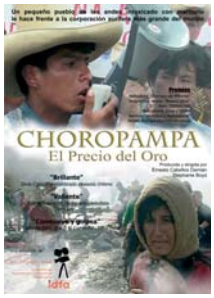


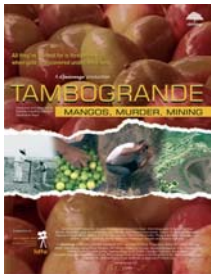
Reichtum geht – Armut bleibt
La Riqueza se va – la Pobreza se queda
► DVD zum Bergbau in Peru
Kigali Films / Misereor 2006
In Deutsch und Spanisch zu beziehen bei:
Misereor, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

► Bergwerk Peru – Reichtum kostet Leben
Der Film von Walter Bertelsbeck zeigt anhand von Beispielen aus La Oroya und Cajamarca, wie in Peru die Menschenrechte missachtet werden und dabei die Umwelt zerstört wird.
Kontakt und Bezug: Walter Bertelsbeck
Am Altenweg 13, 67435 Neustadt/Weinstr.
www.video-und-film.de, info@video-und-film.de
DVD 2007, Verkaufspreis: 15 €

Gold oder Leben
► Ein Film von Edwin Zapata und Holger Biebrach
Grufides / Sonoviso / Kampagne »Bergwerk Peru«, Hamburg 2005
Kontakt und Bezug: Holger Biebrach (h.biebrach@web.de)

Filme von Guarango
► *Choropampa – El Precio del Oro / The Price of Gold*
Dokumentarfilm von Ernesto Cabellos und Stephanie Boyd (2002)
► *Tambogrande - Mangos, Murder, Mining*
Tambogrande - Mangos, Muerte, Minería
Dokumentarfilm von Ernesto Cabellos und Stephanie Boyd (2007)
Vorschau: http://www.guarango.org/tambogrande/
Beide Filme wahlweise Spanisch oder Englisch
Kontakt und Bezug: Guarango Film Lima
(info@guarango.org oder ecabellos@guarango.org)





Powerpoint-Präsentationen zum Bergbau in Peru
in Deutsch und Spanisch, z.B.:
► *Welche Art von Entwicklung braucht Peru* (Kampagne »Bergwerk Peru«)
► *Peruanischer Bergbau Januar-Juli 2006* (Deutsch-peruanische Industrie- und Handelskammer)

Powerpoint-Präsentationen von GRUFIDES:
► *Minería, estado y sociedad en el Perú*
► *Caminos para la acción*
► *Gran minería en el Perú: La lógica de los ganadores y perdedores*

Bezug: Michael Schrick (info@staepa-cajamarca.de)

Medien